STUTTGART

Statistik und Informationsmanagement Monatshefte

Herausgeber:
Landeshauptstadt Stuttgart
Statistisches Amt

KomunIS

Themen 12/2004

Setzt sich der Mitgliederschwund der Kirchen fort?

Arbeitnehmereinkommen 2002 im Städtevergleich - Gründe für die Spitzenstellung Stuttgarts

Bruttoausgaben für Sozialhilfe 2003 in Stuttgart bei knapp 138 Millionen Euro

Pivot-Tabellen in KOMUNIS

Neues Faltblatt „Stuttgarter Wirtschaftsdaten“ erschienen

Stuttgarter Zahlenspiegel

Veröffentlichungen zu den Themen

63. Jahrgang

Statistik und Informationsmanagement
Monatsheft 12/2004
63. Jahrgang

Themen	Seite
Aktuelle Grafik: Bruttoausgaben für Sozialhilfe 2003 in Stuttgart bei knapp 138 Millionen Euro	323
Kurzinformationen: Pivot-Tabellen in KOMUNIS	324
Neues Faltblatt „Stuttgarter Wirtschaftsdaten“ erschienen	324
Hauptbeiträge: **Setzt sich der Mitgliederschwund der Kirchen fort?**	**325**
Arbeitnehmereinkommen 2002 im Städtevergleich - Gründe für die Spitzenstellung Stuttgarts	**343**
Veröffentlichungen zu den Themen	Rückseite

Impressum:

Statistik und Informationsmanagement, Monatsheft 12/2004

Herausgeber:
Landeshauptstadt Stuttgart
Statistisches Amt, Eberhardstraße 39, 70173 Stuttgart
Telefon (0711) 216-3440, Telefax (0711) 216-3900
E-Mail: poststelle.12@stuttgart.de
komunis@stuttgart.de
Internet: www.stuttgart.de
Verantwortlich: Eberhard Frank
Schriftleitung: Thomas Schwarz

Preis pro Monatsheft: 3 €

Bruttoausgaben für Sozialhilfe in Stuttgart 2003 bei 138 Millionen Euro

Knapp drei Viertel Hilfe zum Lebensunterhalt

Robert Gunderlach

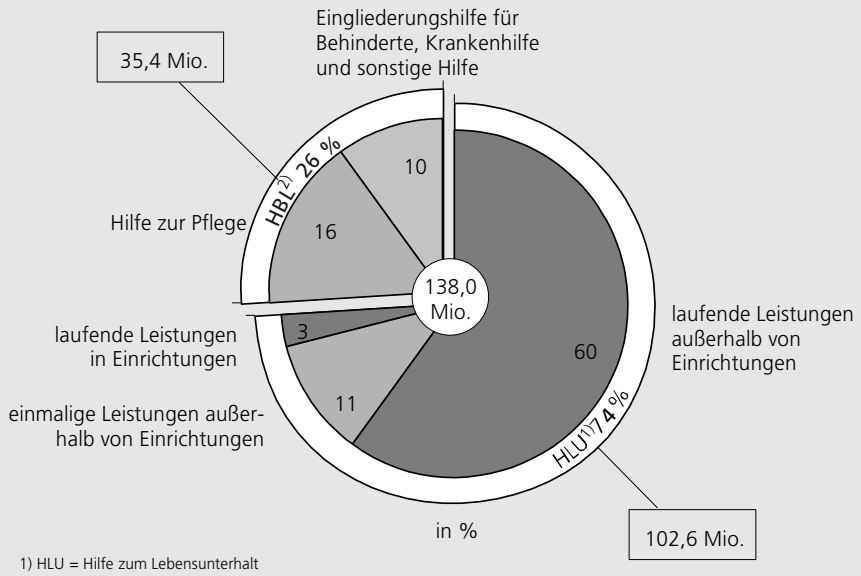
Im gesamten Bundesgebiet beliefen sich im Jahr 2003 die Gesamtausgaben für Sozialhilfe nach dem Bundessozialhilfegesetz auf brutto 25,6 Mrd. Euro. Nach Abzug von 3,0 Mrd. Euro Einnahmen, die von anderen Sozialleistungsträgern zurückflossen, betrugen die Nettoausgaben 22,6 Mrd. Euro. Wobei bundesweit netto 8,7 Mrd. Euro oder 38,5 Prozent auf die Hilfe zum Lebensunterhalt und 13,8 Mrd. Euro oder 61,5 Prozent auf die Hilfe in besonderen Lebenslagen entfielen. In Baden-Württemberg teilen sich die 2,3 Mrd. Euro Bruttogesamtausgaben für Sozialhilfe des Jahres 2003 auf in 0,8 Mrd. Euro oder 35 Prozent für Hilfe zum Lebensunterhalt und 1,5 Mrd. Euro oder 65 Prozent für Hilfe in besonderen Lebenslagen.

In den Großstädten ist das Ausgabenverhältnis der Hilfearten aufgrund eines größeren Armutspotenzials und folglich einer besonderen Struktur der Hilfeempfänger umgekehrt. So auch in Stuttgart, wo sich die Gesamtausgaben des örtlichen Trägers der Sozialhilfe im Jahr 2003 von brutto 138 Mio. Euro (2001: 131 Mio. Euro) auf die jeweiligen Hilfearten im Gegensatz zu Bund und Land anders verteilen. Bruttoausgaben von 102,6 Mio. Euro oder 74 Prozent der Kosten entstehen für die so genannte Hilfe zum Lebensunterhalt. Hinzu kommen 35,4 Mio. Euro oder 26 Prozent der Bruttoausgaben für Sozialhilfe in besonderen Lebenslagen.

Mit 60 Prozent der gesamten Bruttoausgaben, in der Summe etwas mehr als 82,4 Mio. Euro, machen die laufenden Sozialhilfeleistungen zum Lebensunterhalt (HLU) außerhalb von Einrichtungen den größten Posten in Stuttgart aus. Hinzu kommen weitere 11 Prozent oder 15,5 Mio. Euro einmalige Sozialhilfeleistungen außerhalb von Einrichtungen sowie 3 Prozent oder 4,7 Mio. Euro laufende Sozialhilfeleistungen in Einrichtungen. Zusammen sind das drei Viertel oder 74 Prozent der Bruttoausgaben des örtlichen Trägers für Sozialhilfe, die zum Lebensunterhalt für Sozialhilfebedürftige ausgegeben werden.

26 Prozent, also ein Viertel der Sozialhilfeleistungen, entsteht für die Hilfe in besonderen Lebenslagen (HBL). Wobei 16 Prozent oder 22,4 Mio. Euro für die Hilfe zur Pflege ausgegeben werden. Beinahe 10 Prozent oder 13,0 Mio. Euro fließen in die Eingliederungshilfe für Behinderte, die Krankenhilfe, die Hilfe bei Schwangerschaft oder zur Familienplanung usw. sowie in sonstige Hilfe.

Bruttoausgaben des örtlichen Trägers der Sozialhilfe nach Hilfearten in Stuttgart am 31.12.2003



1) HLU = Hilfe zum Lebensunterhalt
2) HBL = Hilfe in besonderen Lebenslagen

Alle Ausgaben in €

Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

------- Kurzinformation -------

Pivot-Tabellen in KOMUNIS

Regina Keppler

Um das Dienstleistungsangebot weiter zu verbessern, werden in das vom Statistischen Amt betriebene Informationssystem KOMUNIS interaktive Tabellen, sogenannte Pivot-Tabellen, aufgenommen. Für die Themen Einwohner und Verkehr soll es dem professionellen Nutzer ermöglicht werden, individuell zugeschnittene Statististiken für die erfahrungsorientierte Auswertung von Inhalten zu erzeugen.

Eine Pivot-Tabelle ist eine interaktive Tabelle, die zum schnellen Zusammenfassen großer Datenmengen verwendet werden kann. In den früheren Versionen von Excel 97 und in Access heißen diese „Kreuztabelle". Sie erlaubt dem Anwender, Tabellen in verschiedenen Betrachtungsweisen zu ordnen und nach seinen eigenen Gesichtspunkten zu analysieren (z. B. dieselben Daten einmal nach Geschlecht, dann nach Stadtbezirk, dann nach Staatsangehörigkeit usw. auszuwerten). Die Quelldaten werden jeweils neu geordnet bzw. zusammengefasst, sie werden aber nicht verändert.

Alle KOMUNIS-Pivottabellen haben folgenden Aufbau:

- Das Infoblatt erklärt die Datengrundlage
- Die Kurzanleitung zeigt die einfachsten Nutzungsmöglichkeiten.
- Mehrere vorgefertigte Tabellen stellen mögliche Auswertungsformen dar. Diese können individuell geändert werden.

Voraussetzung für den Einsatz von Pivot-Tabellen in KOMUNIS ist, dass sie den Anforderungen des Datenschutzes und der statistischen Geheimhaltung entsprechen. Das bedeutet hier, dass durch Auswahl eigener Kriterien keine solchen Anzeigen entstehen, aus denen Einzelpersonen identifiziert werden können. Dies wurde dadurch verhindert, dass die räumliche Ebene groß genug gewählt wurde. Die Pivot-Tabellen in KOMUNIS zeigen als kleinste räumliche Einheit je nach Tabelle die Gesamtstadt, den Stadtbezirk oder Stadtteil. Die der Pivot-Tabelle zugrunde liegenden voraggregierten Daten sind nicht in der Arbeitsmappe enthalten. Die Einräumung des Zugriffs auf Daten in kleinere regionale Einheiten wären datenschutzrechtlich dann möglich, wenn es zur Erfüllung bestimmter Aufgaben erforderlich ist. Hier könnten bestimmten Organisationseinheiten zukünftig im Direktsystem spezifische Zugriffe eingeräumt werden.

Erzeugung der Pivot-Tabellen

Voraussetzung für die Erstellung einer Pivot-Tabelle ist, dass die Ausgangsdaten als Einzeldatensätze oder voraggregierte Daten in statistischen Basisdateien vorliegen. Dies ist bei den Themen Verkehr und Einwohner/ Bevölkerung der Fall. Die angefertigten Excel-Tabellen sind statisch und sind datenschutzrechtlich geprüft. Für Aktualisierungen müssen jedes Mal neue Tabellen produziert werden. Außerdem weisen sie keine Verknüpfung zu den Ausgangsdaten auf. Vorteil ist jedoch, dass sie Einzeldokumente sind, die problemlos wie jedes andere Dokument ins KOMUNIS importiert werden und über Lotus Notes bzw. das städtische Intranet SOLID allen Nutzern zur Verfügung gestellt werden können. Die Anwender erhalten auf diese Weise interaktive Tabellen ohne zusätzliche Software installieren zu müssen.

Fazit

Die bisher in KOMUNIS erstellten Pivottabellen stoßen auf Interesse. Ihre Bedeutung liegt darin, auf einfache Weise OLAP-Methoden[1] angewendet werden können. Der Anwender erhält ohne Installationsaufwand Methoden, die er für eine multidimensionale Datenanalyse benötigt. Ob der selektive Zugriff zum Beispiel auch auf niedrig aggregierte Datenbestände interessiert, müssen die Erfahrungen der nächsten Zeit zeigen.

1 OLAP (Online Analytical Processing): multidimensionale Analyse von Daten.

------- Kurzinformation -------

Neues Faltblatt „Stuttgarter Wirtschaftsdaten" erschienen

Christine Samain

Stuttgart gehört zu den bedeutendsten Wirtschaftsmetropolen in ganz Europa. Innovative Branchen wie der Fahrzeug- und Maschinenbau oder die elektrotechnische und elektronische Industrie haben Stuttgart als Produktionsstandort weltbekannt gemacht.

Von den 50 größten Unternehmen des Landes Baden-Württemberg haben 40 Prozent ihren Sitz in Stuttgart. Eine Vielzahl mittelständischer Unternehmen, die innerhalb ihrer Branchen Spitzenplätze einnehmen, runden das Bild der High-Tech-Region Stuttgart ab.

Das Statistische Amt hat zur Wirtschaftsstruktur der Landeshauptstadt Stuttgart ein neues Faltblatt herausgegeben: „Stuttgarter Wirtschaftsdaten". Es liefert nicht nur einen schnellen, allgemeinen Überblick über die wichtigsten wirtschaftlichen Rahmendaten zur Beschäftigung, zur Wirtschaftskraft und zur Unternehmensstruktur sowie zum Arbeitsmarkt Stuttgarts, sondern zeigt auch die Stärken des Standortes auf.

Enthalten sind sowohl die aktuellen Werte als auch Vergleichszahlen, so dass Entwicklungen und Tendenzen ablesbar sind. Außerdem werden die wichtigsten wirtschaftlichen Rahmendaten in einem Großstadtvergleich dargeboten. Abgerundet wird die Broschüre durch ein Ranking, welches die Zukunftspotentiale deutscher Großstädte darstellt.

Das Faltblatt „Stuttgarter Wirtschaftsdaten" liegt diesem Monatsheft bei.

Joachim Eicken, Utz Lindemann

Setzt sich der Mitgliederschwund der Kirchen fort?

1. Aufgaben der Kirchen und finanzielle Rahmenbedingungen

Die beiden christlichen Volkskirchen leisten einen erheblichen Beitrag für die soziale, kulturelle und pädagogische Infrastruktur

Nach dem ursprünglichen Verständnis meint „Kirche" (griech. Kyriake, lat. Ecclesia) die Zusammenkunft und Versammlung aller Christen. Längst wird Kirche nicht mehr als spontane Versammlung der Gläubigen wahrgenommen, sondern als „Organisation", die das Leben der Gläubigen von der Taufe über Firmung/Konfirmation und Trauung bis zur Beerdigung begleitet. So besitzen die beiden großen christlichen Volkskirchen eine wichtige gesellschaftliche Bedeutung: Sie sind nicht nur große Arbeitgeber, Betreiber von Krankenhäusern, Kindergärten, Hospizen, Entwicklungshilfeorganisationen, sie bieten auch wichtige soziale Dienste an. Auch haben sie eine Vielzahl von Gebäuden zu verwalten, deren stadtbildprägende und kulturhistorische Bedeutung die eigentliche Funktion als Versammlungsorte für die Christen bei weitem übertrifft. Damit leisten die evangelische und die katholische Kirche einen erheblichen Beitrag zu einer funktionstüchtigen sozialen, kulturellen und pädagogischen Infrastruktur in Deutschland.

Für die Finanzierung dieser Aufgaben stehen unterschiedliche Einnahmensquellen zur Verfügung

Für die Finanzierung dieser Aufgaben stehen den beiden großen christlichen Volkskirchen unterschiedliche Einnahmequellen zur Verfügung: Neben Spendenaufkommen, Gebühren, Zuschüssen und eigenen Einnahmen basieren die kirchlichen Einnahmen ganz wesentlich auf der mit der Lohn- und Einkommensteuer eingezogenen Kirchensteuer.

All diese Einnahmequellen sind gefährdet

All diese Einnahmequellen sind jedoch stark gefährdet: So bewirken der langjährige und kontinuierlich hohe Rückgang der Zahl der Kirchenmitglieder, der demographische Wandel in der Bevölkerung, die anhaltend schwache Konjunktur, die leeren Kassen von Bund, Ländern und Kommunen, aber auch die zur finanziellen Entlastung der Bürger eingeführte Steuerreform, dass die Kirchen mit starken Einnahmeverlusten konfrontiert sind. Nach Angaben der beiden Kirchen lag das nominale Kirchensteueraufkommen in Deutschland im Jahr 2003 mit insgesamt 8,5 Mrd. Euro zwar um 0,7 Mrd. Euro über dem Wert von 1991, doch inflationsbereinigt bedeutet dieser Wert Mindereinnahmen in Höhe von rund einer Milliarde Euro allein im Jahr 2003. In den Jahren 2004/2005 wird - ausgelöst durch die Steuerreform - mit einem weiteren Rückgang der Kirchensteuer um 8 bis 10 Prozent gerechnet.

Allein die Steuerreform wird bei der Kirchensteuer zu einem Einnahmeverlust in Höhe von 8 bis 10 % führen

In Großstädten ist die Lage der Kirchen besonders schwierig; in Stuttgart liegt der Anteil der Einwohner, die einer der beiden christlichen Volkskirchen angehören, bei 58 %, in Frankfurt nur noch bei 49 %

Besonders schwierig ist die Lage der Kirchen in den Großstädten Deutschlands: Hier wirkt sich der demographische Wandel besonders stark aus, die sozialen Probleme konzentrieren sich in besonderer Weise und die Bindung der Bevölkerung an die Kirche bzw. Kirchengemeinde ist besonders stark in Auflösung begriffen. So liegt der Anteil der Einwohner, die der evangelischen oder katholischen Kirche angehören, in Großstädten wie München bei 56 Prozent und Frankfurt sogar bei nur noch 49 Prozent. Auch Stuttgart ist von dem Mitgliederschwund der beiden christlichen Kirchen nicht verschont geblieben: Nur noch 58 Prozent der gemeldeten Einwohner gehören einer der beiden christlichen Volkskirchen an. Ein Vergleich der Entwicklung der Mitgliederzahlen der beiden christlichen Volkskirchen in Deutschland mit der Entwicklung in Stuttgart zeigt, dass im Zeitraum 1991 bis 2002 in Deutschland die Zahl der Mitglieder der beiden Religionsgesellschaften um 7,5 Prozent, in Stuttgart jedoch um 20 Prozent in der evangelischen Kirche und um 13 Prozent in der katholischen

In Stuttgart steht der evangelischen Kirche im Jahr 2004 nur noch 21 Mio. € und damit um 9 Mio. € weniger Kirchensteuer zur Verfügung als 1993

Kirche zurückgegangen ist. Ein solcher Rückgang hat unmittelbare finanzielle Auswirkungen: So stehen in Stuttgart zum Beispiel der evangelischen Kirche anstelle von 26,5 Millionen Euro im Jahr 1991 bzw. 30,4 Millionen Euro im Jahr 1993 im aktuellen Haushaltsjahr 2004 nur noch 21 Millionen Euro an Kirchensteuerzuweisungen zur Verfügung.

2. Informations- und Planungsgrundlagen der Kirchen

Betrachtet man die beiden großen Volkskirchen quasi als Dienstleistungsunternehmen, so muss konstatiert werden, dass diese „Unternehmen" zwar höchst wichtige gesellschaftliche Funktionen ausüben, letztlich jedoch nur wenige Informationen über ihre Mitglieder und ihre „Kunden" besitzen. Dies liegt unter anderem daran, dass die Kirchensteuer von den Finanzämtern eingezogen wird: Die Meldungen über Umzüge, Personenstandsänderungen wie auch Kirchenaustritte werden im kommunalen Meldewesen verbucht. Die Kirchen erhalten davon Mitteilungen und Dateiabzüge. Eigenständige Mitgliederdateien werden nicht geführt.

Eine umfassend und flexibel aufbereitbare Datenbasis über Mitglieder und „Kunden" ist Voraussetzung, um nachhaltige Planung betreiben zu können

Eine systematische Aufbereitung und Nutzung von Mitglieder- und Kundendateien ist Voraussetzung, um strategische Informationen über Zusammensetzung und Wandel der Mitglieder bzw. Steuerzahler, aber auch der Nutzer kirchlicher Einrichtungen und Dienstleistungen zu gewinnen. Nur mit solch strategischen Informationen lassen sich in Zeiten schrumpfender finanzieller Ressourcen bei gleichzeitig wachsenden Aufgaben eine Optimierung der kirchlichen Unternehmen und „Tochtergesellschaften" wie auch deren Standorte bzw. Kirchengemeinden ermöglichen. Einzelne von den beiden Volkskirchen durchgeführte Erhebungen und Untersuchungen wie zum Beispiel die unter dem Motto: Kirche, Horizont und Lebensrahmen vom Evangelischen Kirchenamt herausgegebene 4. EKD-Erhebung über Kirchenmitgliedschaft oder aber die Ausarbeitung des Sekretariats der Deutschen Bischofskonferenz: Katholische Kirche in Deutschland - Statistische Daten 2002 können über das Defizit an (veröffentlichten) Informationsgrundlagen und Analysen über Struktur und Wandel der Mitglieder zum Beispiel im Vergleich zur Gesamtbevölkerung oder auch auf regionaler Ebene nicht hinwegtäuschen.

Auch die Amtliche Statistik kann keine Daten über Religionszugehörigkeit der Einwohner in Deutschland zur Verfügung stellen

Dieses Informationsdefizit ist umso problematischer, als seit der Volkszählung 1987 auch seitens der Amtlichen Statistik keine statistisch abgesicherten Informationen zur Religionszugehörigkeit im Rahmen amtlicher Erhebungen (z.B. Mikrozensus) erhoben und aufbereitet werden. Nur aus einer solchen Datenquelle ließe sich ein für die Beurteilung der Struktur und Entwicklung der Mitglieder einer Religionsgesellschaft bedeutsamer Vergleich mit der Gesamtbevölkerung bzw. der übrigen, nicht einer der beiden Volkskirchen angehörenden Bevölkerung erstellen. Damit kann auch die Amtliche Statistik keine statistisch abgesicherten und wissenschaftlich fundierten Datengrundlagen und Analysen zur Struktur und Entwicklung der Religionszugehörigkeit in Deutschland zur Verfügung stellen.

3. Kommunale Einwohnerstatistik in Stuttgart als potentielle Informations- und Planungsgrundlage für die Kirchen

Auf kommunaler Ebene können Einwohnerregister ausgewertet werden. Das Merkmal „rechtliche Zugehörigkeit zu einer öffentlich rechtlichen Religionsgesellschaft" wird bei der Anmeldung erhoben und ist in Verbindung mit anderen demografischen Merkmalen auswertbar

Eine wichtige, bislang jedoch kaum genutzte Daten- und Informationsgrundlage für alle Aufgaben der kommunalen Daseinsvorsorge können die Statistikabzüge der kommunalen Einwohnermelderegister darstellen. Für die als Körperschaft des öffentlichen Rechts anerkannten Religionsgesellschaften wird bei der Anmeldung eines Einwohners neben den Angaben zu Name, Adresse, Geburtsdatum, Familienstand u.ä. auch die Zugehörigkeit zu einer öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaft erhoben und fortgeschrieben. Die im Melderegister gespeicherten Daten werden nach § 18 MRRG - in Verbindung mit der Kommunalstatistiksatzung - für statistische Analysen in die landeseinheitlichen, anonymisierten Einwohnerstatistikdateien übernommen. Diese Statistikdateien aus dem Meldewesen beinhalten damit auch das

Merkmal „Rechtliche Zugehörigkeit zu einer öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaft" und können so in Kombination mit anderen Merkmalen der Einwohnerstatistik wie zum Beispiel Alter, Geschlecht und/oder Staatsangehörigkeit für die Landeshauptstadt Stuttgart aufbereitet und analysiert werden. Da der Islam in Deutschland nicht zu den öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaften gehört, wird für Angehörige des Islams auch keine Kirchensteuer erhoben und somit existiert auch keine Rechtsgrundlage, die Zugehörigkeit zum Islam im Melderegister zu speichern und statistisch auszuwerten.

Rückgang und Strukturwandel wird im Zeitvergleich 1974 - 2004 sichtbar

Im folgenden Beitrag wird aufgezeigt, welcher Wandel sich in Zahl und Struktur der Mitglieder der beiden christlichen Volkskirchen vollzogen hat und weiter vollzieht. Dieser Veränderungsprozess findet kontinuierlich statt und ist von Jahr zu Jahr kaum spürbar. Da davon auszugehen ist, dass diese Entwicklung die tatsächliche „Dramatik der Allmählichkeit" (Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz: Katholische Kirche in Deutschland - Statistische Daten 2002) verschleiert, wird zur Verdeutlichung des demographischen Wandels der Kirchenmitglieder der Zeitraum 1974 bis 2004 zugrunde gelegt.

4. Definitionen

Analysiert wird die rechtliche Zugehörigkeit der Bevölkerung zu einer der beiden großen Volkskirchen und - komplementär dazu - der Bevölkerung, die einer sonstigen oder keiner Religionsgesellschaft angehören

Als evangelisch gelten in Baden-Württemberg Personen, die der evangelischen Landeskirche angehören sowie Angehörige der folgenden Religionsgesellschaften: „evangelisch-lutherisch", „evangelisch-reformiert" sowie „französisch-reformiert". Als römisch-katholisch werden nur Angehörige der römisch-katholischen Kirche ausgewiesen. Andere Religionsgesellschaften, zum Beispiel die altkatholische Kirche, werden als sonstige öffentlich-rechtliche Religionsgesellschaft in der Statistik geführt und wegen der geringen Zahl (in Stuttgart ca. 10 000 Personen) mit den Personen mit ungeklärter Konfessionszugehörigkeit (ca. 28 00 Personen) zusammengefasst. Dieser Gruppe gehören überwiegend Kinder unter 15 Jahren an, für die noch nicht entschieden ist, welcher Religionsgesellschaft sie künftig angehören werden. Keiner öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaft zuzuordnen sind weitere ca. 210 000 Personen. In dieser Gruppe sind vor allem die Angehörigen des Islam, aber auch Personen, die aus der Kirche ausgetreten sind, zu finden.

5. Einwohnerentwicklung in Stuttgart

Die Zahl der Einwohner ist in Stuttgart in den vergangenen 30 Jahren um 8 % zurückgegangen

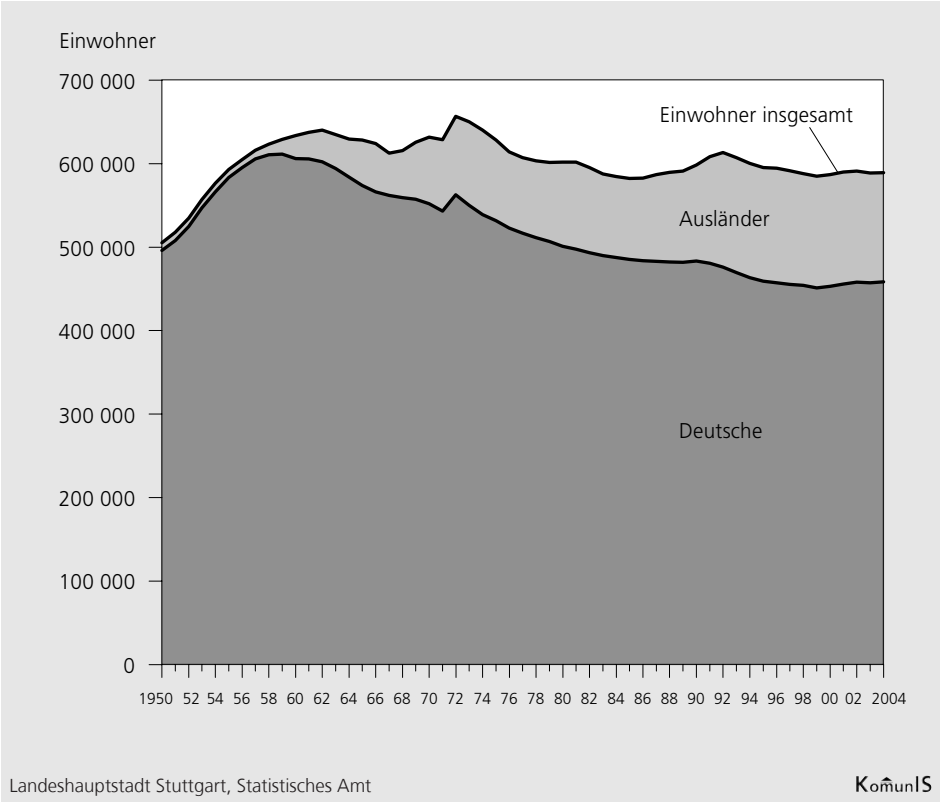
Die Zahl der mit Haupt- oder Nebenwohnsitz in Stuttgart gemeldeten Einwohner ist in den vergangenen Jahrzehnten stark zurückgegangen. Lebten 1974 noch circa 640 000 wohnberechtigte Einwohner in dieser Stadt, so sind es mittlerweile nur noch rund 590 000 (- 8 %). Als Ursachen dieser in Abbildung 1 dargestellten Entwicklung sind unter anderem die konjunkturabhängigen, die politisch bedingten und die wohnungsmarktbezogenen Wanderungsströme, aber auch der seit Ende der 60er-Jahre drastische Geburtenrückgang zu nennen.

Die Veränderung der Bevölkerungsstruktur zeigt sich u.a. in einer Erhöhung der Zahl der Senioren bei gleichzeitigem Rückgang der Kinder, einer Zunahme an Einwohnern mit ausländischem Pass oder auch in einer zunehmenden Singularisierung der städtischen Gesellschaft

Neben dem in der Gesamtbilanz deutlichen Einwohnerrückgang fanden in den vergangenen Jahrzehnten auch tief greifende strukturelle Änderungen statt. So ist bei deutschen Einwohnern eine starke Seniorisierung festzustellen: Aktuell sind 102 500 wohnberechtigte Einwohner über 65 Jahre, knapp die Hälfte davon sogar über 75 Jahre alt. Das Durchschnittsalter ist bei der deutschen Bevölkerung zwischen 1974 und 2004 von 40,2 Jahre auf 43,2 Jahre gestiegen. Dies bedeutet, dass die Stuttgarter Bevölkerung in den vergangenen 30 Jahren um durchschnittlich 1,2 Monate pro Jahr „gealtert" ist. Mit 90 542 Personen unter 18 Jahren ist die Zahl der Kinder und Jugendlichen mit deutscher Staatsangehörigkeit deutlich kleiner als die Zahl der Senioren (65 Jahre und älter: 93 639 gemeldete Einwohner). Die Zahl ausländischer Einwohner hat sich infolge Geburtenüberschuss, Nachzug von Familienangehörigen, Aufnahme von Bürgerkriegsflüchtlingen u.ä. von 77 000 im Jahr 1970 auf 131 000 Personen erhöht. Die Zahl der großen Haushalte mit 4 und mehr Personen ist im

Zeitraum 1970 bis Ende 2003 um mehr als 10 000 Haushalte bzw. 22 Prozent gesunken, die Zahl der Ein-Personen-Haushalte hat sich dagegen um über 54 000 Haushalte bzw. um 57 Prozent erhöht.

Abbildung 1: Einwohnerentwicklung in Stuttgart 1950 bis 2004



Landeshauptstadt Stuttgart, Statistisches Amt KomunIS

6. Entwicklung der Mitgliederzahlen der beiden Volkskirchen

1974 gehörte knapp 50 % der Bevölkerung der evangelischen Kirche an, 33 % waren katholisch und nur 18 % waren einer sonstigen oder keiner Religionsgesellschaft zuzurechen

Diese Veränderungen blieben nicht ohne Auswirkungen auf die beiden großen christlichen Religionsgesellschaften: Im Jahr 1974 gehörten bei einer Gesamteinwohnerzahl von 640 422 Personen (Haupt- und Nebenwohnung) 316 237 Personen der evangelischen und 208 238 Mitglieder der römisch-katholischen Kirche an. Insgesamt 115 947 Personen gehörten einer sonstigen Religionsgesellschaft an oder waren konfessionslos. Stuttgart war damals protestantisch geprägt: Knapp 50 Prozent gehörten dieser Kirche an. Der Anteil der katholischen Bevölkerung lag bei 33 Prozent, 18 Prozent gehörten einer sonstigen oder keiner der beiden großen Religionsgesellschaften an.

Die beiden Kirchen haben überdurchschnittlich viele Mitglieder verloren: evangelische Kirche: - 41 %, katholische Kirche - 25 %.

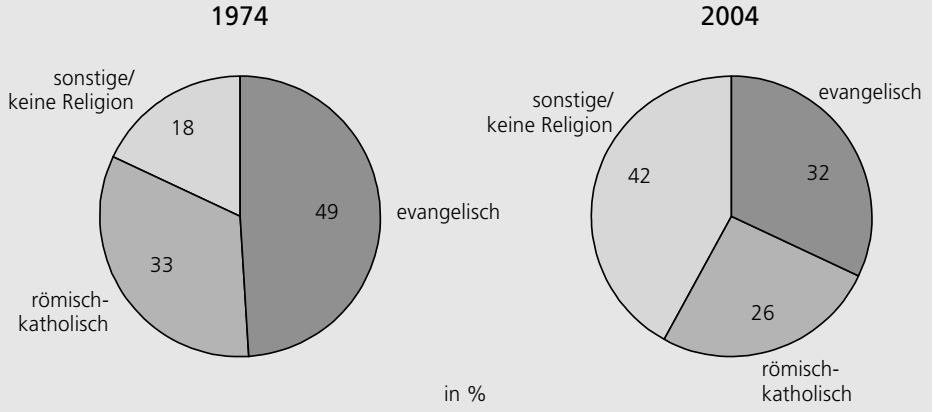
Die Gesamteinwohnerzahl Stuttgarts hat zwischen 1974 und 2004 (Stand 30.6. des jeweiligen Jahres) um 50 891 Personen bzw. knapp 8 Prozent abgenommen. Die Entwicklung der Mitgliederzahlen bei den beiden großen christlichen Religionsgesellschaften - ermittelt aus der Zahl der wohnberechtigten Einwohner - verlief in diesem Zeitraum jedoch deutlich dramatischer als dies die allgemeine Einwohnerentwicklung erwarten ließe: Einen überproportionalen Mitgliederschwund hat die evangelische Kirche zu verzeichnen. Deren Mitgliederzahl hat von 316 237 Personen im Jahr 1974 um 129 707 Personen auf 186 530 Personen abgenommen. Dies entspricht einem Rückgang von 41 Prozent! Nicht ganz so dramatisch verlief der Verlust bei der römisch-katholischen Kirche: Deren Mitgliederzahl hat sich „nur“ um ein Viertel reduziert. Gegenüber 1974, als die römisch-katholische Kirche in Stuttgart noch 208 238 Mitglieder zählte, beträgt deren Mitgliederzahl zum Stand 30. Juni 2004 insgesamt 155 139 Personen.

Tabelle 1: Einwohner in Stuttgart 1974 und 2004 nach rechtlicher Zugehörigkeit zu einer Religionsgesellschaft

Rechtliche Zugehörigkeit zu einer Religionsgesellschaft	1974		2004		Veränderung 1974/2004	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
			Insgesamt			
Evangelisch	316 237	49	186 530	31,64	- 129 707	- 41,02
Römisch-katholisch	208 238	33	155 139	26,32	- 53 099	- 25,50
Sonstige / keine	115 947	18	247 862	42,04	131 915	113,77
Insgesamt	640 422	100	589 531	100	- 50 891	- 7,95
			Deutsche			
Evangelisch	312 349	58	184 152	40,17	- 128 197	- 41,04
Römisch-katholisch	157 927	29	116 747	25,47	- 41 180	- 26,08
Sonstige / keine	68 872	13	157 529	34,36	88 657	128,73
Insgesamt	539 148	100	458 428	100	- 80 720	- 14,97
			Nichtdeutsche			
Evangelisch	3 888	4	2 378	1,81	- 1 510	- 38,84
Römisch-katholisch	50 311	50	38 392	29,28	- 11 919	- 23,69
Sonstige / keine	47 075	46	90 333	68,90	43 258	91,89
Insgesamt	101 274	100	131 103	100	29 829	29,45

Landeshauptstadt Stuttgart, Statistisches Amt KomunIS

Abbildung 2: Religionszugehörigkeit in Stuttgart 1974 und 2004



Landeshauptstadt Stuttgart, Statistisches Amt KomunIS

Die Zahl der Einwohner ohne Zugehörigkeit zu einer der beiden Volkskirchen hat sich in diesem Zeitraum mehr als verdoppelt (+114 %)

Von 115 947 auf 247 862 Personen gestiegen und damit mehr als verdoppelt, hat sich in den vergangenen 30 Jahren demgegenüber die Zahl der Personen, die zu keiner der beiden großen christlichen Religionsgesellschaften gehören. So ist dieser Personenkreis mit 42 Prozent inzwischen deutlich größer als der Kreis der Personen, die der römisch-katholischen Kirche angehören (26 %) und auch größer als der Kreis der Personen, die - in der protestantisch geprägten Stadt Stuttgart - Mitglieder der evangelischen Kirche (32 %) sind.

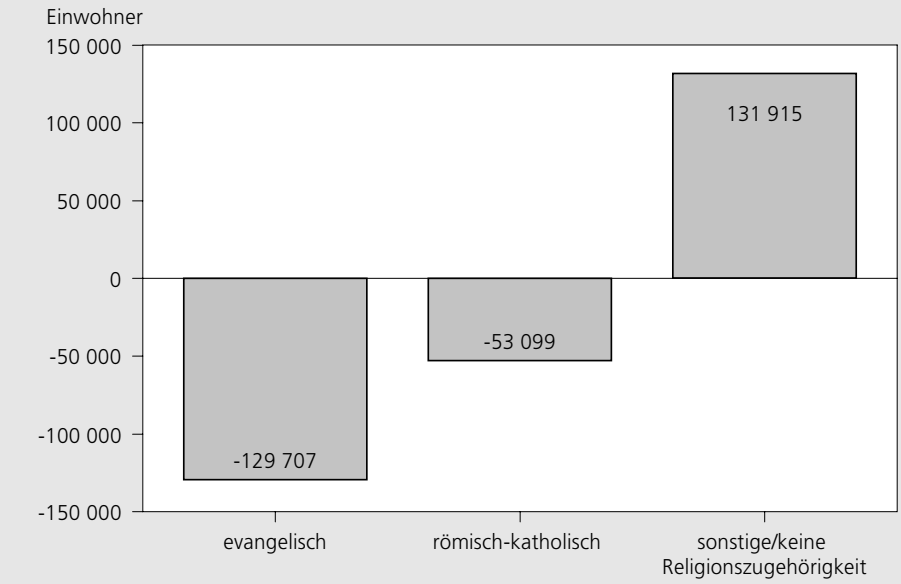
Die hohe Zunahme der keiner oder einer sonstigen Religionsgesellschaft angehörenden Personen kann zum einen durch die Zunahme ausländischer Einwohner zum anderen durch eine geringere Bindung der Bevölkerung an eine der beiden großen christlichen Volkskirchen erklärt werden.

Waren vor 30 Jahren 101 274 ausländische Einwohner in dieser Stadt gemeldet, so hat sich deren Anzahl durch Nachzug von Familienangehörigen, Geburtenüberschuss u.a. auf zwischenzeitlich 131 103 Einwohner und damit um 29,5 Prozent erhöht. Die Zunahme der Zahl ausländischer Einwohner war mit einer nachhaltigen Veränderung in der Zugehörigkeit zu einer Religionsgesellschaft verbunden. So dominier-

ten unter den ausländischen Einwohnern vor 30 Jahren noch die Personen, die der römisch-katholischen Kirche angehörten. Deren Anteil betrug 1974 noch 49,7 Prozent. Lediglich 47 075 ausländische Einwohner - dies entspricht einem Anteil von 46,5 Prozent - gehörten damals keiner oder einer sonstigen Religionsgesellschaft an. Durch einen deutlichen Wanderungsgewinn an ausländischen Einwohnern, die aus moslemisch geprägten Ländern (insbesondere aus der Türkei) stammen, und durch einen Geburtenüberschuss bei dieser Bevölkerungsgruppe hat sich die Zahl der ausländischen Einwohner ohne Bindung an eine der beiden christlichen Volkskirchen nahezu verdoppelt. Gleichzeitig ist aber die Zahl der ausländischen Einwohner, die der römisch-katholischen Kirche angehören, durch Austausch und Rückwanderung in ihre Heimatländer (insbesondere Spanien, Italien, Kroatien) auf 38 392 Mitglieder und damit um 23,7 Prozent gesunken. Die Zugehörigkeit ausländischer Einwohner zur evangelischen Kirche hat zahlenmäßig so gut wie keine Bedeutung. Aktuell gehören von den 131 103 ausländische Einwohnern 68,9 Prozent bzw. mehr als zwei Drittel einer sonstigen oder keiner Religionsgesellschaft an. Nur noch 29,3 Prozent aller ausländischen Einwohner gehört der römisch-katholischen Kirche an.

Trotz Zunahme ausländischer Einwohner reduzierte sich die Zahl der ausländischen Katholiken

Abbildung 3: Veränderung der Zahl der Einwohner nach der Religionszugehörigkeit in Stuttgart 1974 und 2004



Landeshauptstadt Stuttgart, Statistisches Amt KomunIS

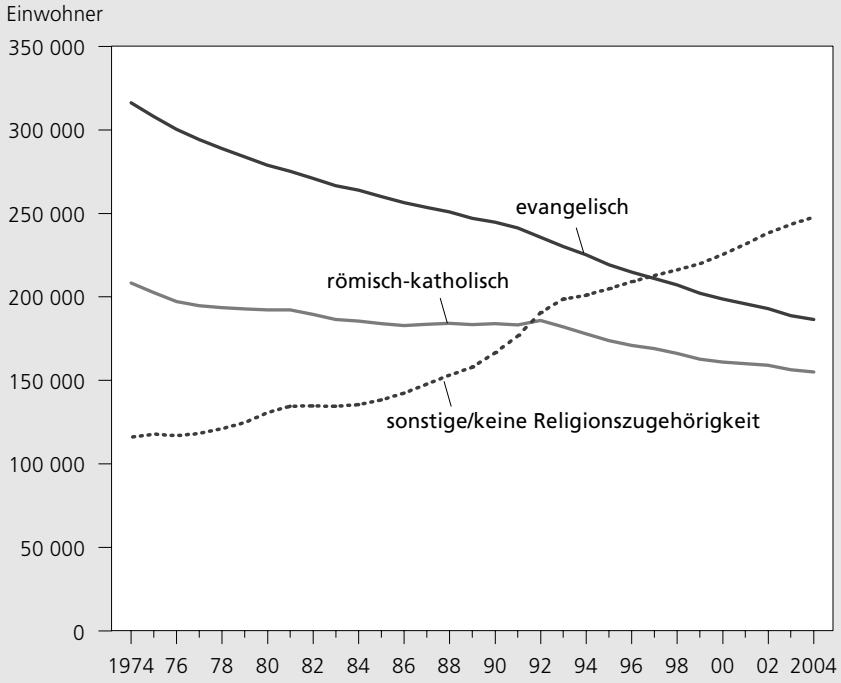
Die Zahl der deutschen Einwohner, die keiner der beiden christlichen Volkskirchen angehören, hat sich in den vergangenen 30 Jahren um 129 % erhöht

Die abnehmende Bindung der deutschen Einwohner zu einer der beiden großen christlichen Kirchen spiegelt sich in der hohen Zunahme der Stuttgarter Einwohner wider, die einer sonstigen oder keiner Religionsgesellschaft angehören. Zwischen 1974 und 2004 hat sich die Zahl der in Stuttgart gemeldeten deutschen Einwohner um knapp 81 000 Personen verringert: Damals lebten 539 148 Deutsche in Stuttgart, heute sind es 458 428 Personen. 1974 gehörten „nur" 68 872 deutsche Einwohner keiner oder einer sonstigen Religionsgesellschaft an. Bis heute stieg diese Zahl um 129 Prozent auf 157 529 Personen. Die Zahl der deutschen evangelischen Einwohner ist gleichzeitig überproportional, nämlich von 312 349 auf nur noch 184 152, und damit um 41 Prozent, gesunken. Da nur noch 40 Prozent aller gemeldeten deutschen Einwohner in Stuttgart Mitglied der evangelischen Kirche sind, kann allenfalls noch von einer relativen Dominanz der evangelischen Kirche in Stuttgart gesprochen werden. Auch die katholische Kirche hat in den vergangenen drei Jahrzehnten einen erheblichen Mitgliederschwund unter den deutschen Einwohnern hinnehmen müssen, sodass deren Zahl von 157 927 im Jahr 1974 auf mittlerweile 116 747 und damit um ein Viertel gesunken ist.

Aus der bisherigen Entwicklung ist keine Tendenz zur Abschwächung oder Stagnation des Rückgangs zu erkennen

Der Rückgang der Mitgliederzahlen der beiden Kirchen konzentriert sich nicht auf eine bestimmte zeitliche Phase. Die Abbildung 4 zeigt vielmehr, dass es sich hierbei um einen langjährigen kontinuierlichen Prozess handelt, von dem besonders stark die evangelische Kirche betroffen ist. Auch ist aus der bisherigen Entwicklung eine Tendenz zur Abschwächung oder gar Stagnation des Schrumpfungsprozesses bislang nicht zu erkennen. Selbst in den Jahren 1988 bis 1992, als eine Einwohnerzunahme zu verzeichnen war, hat sich der Rückgang der Mitgliederzahlen der evangelischen wie auch der römisch-katholischen Kirche kontinuierlich fortgesetzt. Die damalige Zunahme an Einwohnern hat fast ausschließlich eine Erhöhung der Zahl der Personen, die keiner der beiden großen christlichen Religionsgesellschaften zugehören, bewirkt.

Abbildung 4: Entwicklung der Zahl der Einwohner nach der rechtlichen Religionszugehörigkeit zu einer Religionsgesellschaft in Stuttgart 1974 bis 2004



Landeshauptstadt Stuttgart, Statistisches Amt KomunIS

In der evangelischen Kirche ist der Mitgliederschwund „nur" zu 44 % auf Kirchenaustritte zurückzuführen

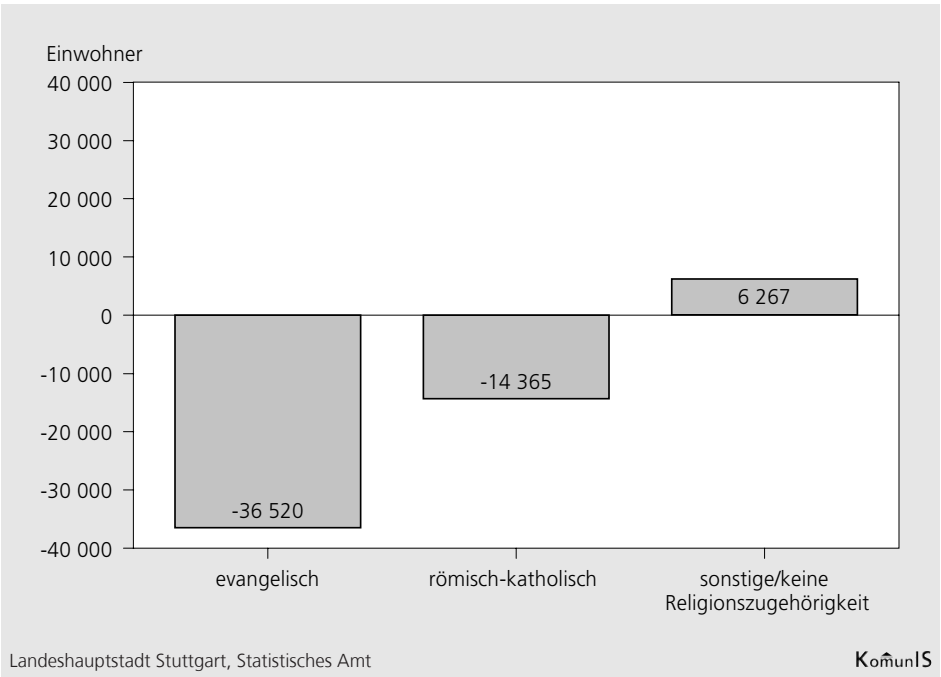
Die Ursache des Mitgliederschwundes in beiden Kirchen kann nicht allein in der von Jahr zu Jahr schwankenden und insbesondere Anfang der 90er-Jahre besonders hohen Zahl an Austritten aus der Kirche gesehen werden. So zeigt die Statistik der Austritte aus der evangelischen Kirche in Stuttgart, dass seit Beginn der 90er-Jahre (eine längere Zeitreihe liegt nicht vor) durchschnittlich 1800 Personen pro Jahr ausgetreten sind. Der jährliche Anteil der Austritte schwankt dabei zwischen 0,7 und 1 Prozent pro Jahr. Der durchschnittliche Verlust in den Jahren zwischen 1990 und 2003 bei den Mitgliedern der evangelischen Kirche in Höhe von ca. 4200 Personen pro Jahr ist damit „nur" zu etwa 44 Prozent auf Kirchenaustritte zurückzuführen. Bei der katholischen Kirche ist aufgrund der geringeren Anzahl an Kirchenmitgliedern die absolute Anzahl an Kirchenaustritten deutlich geringer. So kehrten im Zeitraum 1998 bis 2002 (eine längere Zeitreihe liegt nicht vor) in Stuttgart pro Jahr durchschnittlich 1200 Katholiken der Kirche den Rücken. Dies bedeutet, dass pro Jahr ca. 0,8 Prozent der Mitglieder aus der katholischen Kirche austreten. Da unterschiedliche Zeitreihen für die evangelische und die katholische Kirche vorliegen, kann aus den verfügbaren Daten nicht beurteilt werden, ob sich in Stuttgart die Austrittsbereitschaft zwischen den Kirchen signifikant unterscheidet.

Für den Mitgliederschwund sind auch die negative „Tauf-/Beerdigungsbilanz" sowie die negative Wanderungsbilanz verantwortlich

Ein weiterer Grund für den Rückgang der Mitgliederzahlen der evangelischen Kirche in Stuttgart ist die negative Tauf-/Beerdigungsbilanz. Zu berücksichtigen ist dabei allerdings, dass die Zahl der Taufen und Sterbefälle bzw. Beerdigungen von den Kirchen nicht nach dem Wohnortprinzip erhoben bzw. aufbereitet werden (kirchliche Bestattungen und Taufen sind nicht an den bisherigen Wohnort gebunden). Gleichwohl lässt sich aus den vorliegenden Zahlen ermitteln, dass die evangelische Kirche pro Jahr cirka 1100 Mitglieder allein dadurch verliert, dass die Zahl der Beerdigungen von Kirchenmitgliedern deutlich höher liegt als die Zahl der Taufen. Die stark negative Bilanz ist insbesondere auf den hohen Seniorisierungsgrad in der Mitgliederstruktur der evangelischen Kirche zurückzuführen. Der durch Sterbefälle ausgelöste Mitgliederschwund wird - infolge des Geburtenrückganges - nicht durch eine ähnlich hohe Zahl an Taufen kompensiert. Durch diese negative Tauf-/Beerdigungsbilanz wird in den letzten zehn Jahren cirka 25 Prozent des gesamten Mitgliederverlustes in der evangelischen Kirche verursacht. Bei der katholischen Kirche ist die Bedeutung der Tauf-/Beerdigungsbilanz für den Mitgliederschwund bislang nur gering ausgeprägt. Seit Kriegsende hat durch hohe Zuzüge jüngerer Katholiken in das traditionell protestantisch geprägte Stuttgart die Zahl der Katholiken stark zugenommen. Erst durch Alterung dieser Jahrgänge nehmen nun die Sterbefälle und damit die kirchlichen Bestattungen von Katholiken zu.

Im Zeitraum 1974 bis 2003 sind per Saldo insgesamt 44 618 Einwohner aus Stuttgart abgewandert. Wird dieser Wanderungsverlust differenziert nach der Religionszugehörigkeit, so zeigt sich, dass bei der evangelischen Bevölkerung in diesem Zeitraum ein Wanderungsverlust von 36 520 Einwohnern, bei der katholischen Bevölkerung ein Wanderungsverlust von 14 365 Einwohnern zu verzeichnen ist, wohingegen die Bevölkerung, die einer sonstigen oder keiner Religionsgesellschaft zugehört, um 6267 Einwohner zugenommen hat.

Abbildung 5: Wanderungsbilanz nach der Religionszugehörigkeit in Stuttgart 1974 bis 2003



Landeshauptstadt Stuttgart, Statistisches Amt KomunIS

Von dem negativen Wanderungssaldo ist absolut und relativ gesehen die evangelische Kirche mehr betroffen als die katholische. Die gegenläufige Entwicklung von Zuwanderung von Einwohnern, die einer sonstigen oder keiner Religionsgesellschaft angehören, und gleichzeitiger Abwanderung von katholischen, insbesondere aber evangelischen Einwohnern verstärkt den ohnehin vorhandenen Erosionsprozess in den beiden Volkskirchen infolge von Austritten und negativer Tauf-/Beerdigungsbilanz.

7. Die Entwicklung der Religionszugehörigkeit der deutschen Bevölkerung

Im Folgenden wird die Religionszugehörigkeit der deutschen Bevölkerung vertieft untersucht

Im Folgenden soll der Frage nachgegangen werden, ob in bestimmten Altersjahren eine besonders hohe oder eine besonders niedrige Bereitschaft, Mitglied einer Kirche zu sein, besteht. Da davon auszugehen ist, dass diese altersspezifische Religionszugehörigkeit sich im Laufe der Jahre verändert, wird diese für den Zeitstand 1974 und 2004 ermittelt. Die Gegenüberstellung der altersspezifischen Religionszugehörigkeitsquoten von 1974 und 2004 verdeutlicht damit, wie sich in Stuttgart die altersspezifische Bindung zu einer der beiden christlichen Volkskirchen verändert bzw. verändert hat. Aufgrund der besonderen Zugehörigkeit ausländischer Einwohner wurden die Untersuchungen nur für den deutschen Bevölkerungsteil durchgeführt.

7.1 Altersstruktur der deutschen Bevölkerung nach Religionszugehörigkeit

Die Bevölkerungspyramide verdeutlicht die Veränderungen im Altersaufbau der Stuttgarter Einwohner zwischen 1974 und 2004

In Abbildung 6 wird die zahlenmäßige Besetzung der einzelnen Altersjahre in Stuttgart im Jahr 1974 (linke Hälfte der Pyramidengrafik) bzw. 2004 (rechte Hälfte der Pyramidengrafik) dargestellt. Der durch die Balkenlänge bestimmte äußere Kurvenverlauf dieser Bevölkerungspyramide zeigt prägnante Konturen, die durch tiefe Einschnitte und Ausbuchtungen, also durch geringe bzw. hohe Besatzzahlen der einzelnen Altersjahre geprägt sind.

Die Basis der Pyramide zeigt den Ende der 60er-Jahre einsetzenden Geburtenrückgang (linke Hälfte der Pyramide) ...

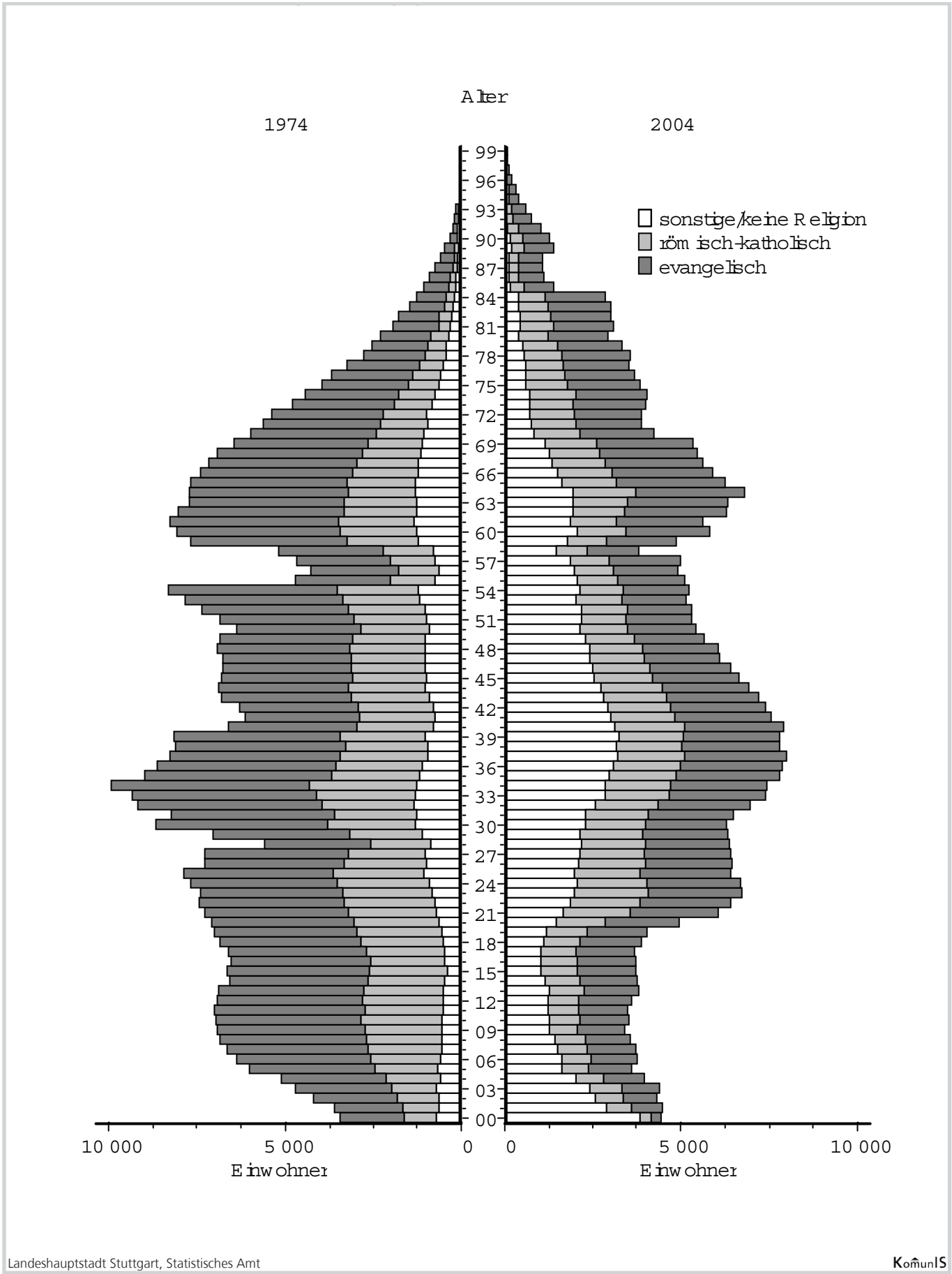
Im Jahr 1974 zeigt der Altersaufbau der wohnberechtigten deutschen Bevölkerung an der Basis eine starke Einkerbung. So war das Altersjahr der 0- bis unter 1-Jährigen im Jahr 1974 mit 3413 Kleinstkindern nur halb so stark besetzt wie das Altersjahr der 9- bis unter 10-jährigen mit 6875 Kindern. Diese Einkerbung an der Basis im Jahr 1974 ist damit Folge des Ende der sechziger Jahre einsetzenden Geburtenrückgangs. Die Ausbuchtung in den Altersjahren der schulpflichtigen Kinder auf der linken Pyramidenhälfte stellt den so genannten Geburtenberg („Babyboom") der 60er-Jahre dar. Der tiefe Einschnitt im Altersaufbau der deutschen Bevölkerung im Jahr 1974 bei den damals 28- bis 29-Jährigen wiederum ist auf den extrem geburtenschwachen Geburtsjahrgang 1945 zurückzuführen. Der abrupte und vier Altersjahre umfassende Einschnitt bei den 55- bis unter 58-Jährigen stammt hingegen noch vom Geburtenausfall während des Ersten Weltkrieges.

... und die bereits eine gesamte Generation umfassende Stagnation des Geburtenaufkommens (rechte Hälfte der Pyramide)

Im Jahr 2004, also 30 Jahre später, weist der Altersaufbau der deutschen Einwohner bei einer um knapp 15 Prozent geringeren Einwohnerzahl in Stuttgart eine schmale Basis auf, die bereits mehr als 20 Altersjahre umfasst. Die Balkenlänge verdeutlicht, dass in diesen Altersjahren nur noch zwischen 3500 und 4500 Kinder bzw. Jugendliche pro Altersjahr vorhanden sind. Dass die schmale Basis der Bevölkerungspyramide des Jahres 2004 nicht bereits (mehr als) 30 Jahre umfasst (der Geburtenrückgang setzte Ende der 60er-/Anfang der 70er-Jahre ein), ist auf den altersspezifischen Wanderungsgewinn Stuttgarts zurückzuführen: Als Ausbildungs- und Arbeitsplatz gewinnt Stuttgart in der Altersklasse der 20- bis 30- Jährigen viele Einwohner, sodass die Auswirkungen des Geburtenrückganges durch hohe Wanderungsgewinne bei den 20- bis 30-Jährigen ausgeglichen werden. Weiterhin ist der geburtenschwache Jahrgang des Jahres 1945 deutlich erkennbar. Dieser Einschnitt ist 2004 bei den inzwischen 58- bis unter 59-jährigen Einwohnern zu finden. Die Geburtenausfälle des Ersten Weltkrieges zeigen sich nur noch als schwacher Einschnitt bei den inzwischen 85- bis unter 88-jährigen Einwohnern.

Altersspezifischer Wanderungsgewinn

Abbildung 6: Altersaufbau der deutschen Bevölkerung 1974 und 2004 in Stuttgart nach der Religionszugehörigkeit



Landeshauptstadt Stuttgart, Statistisches Amt

Das Durchschnittsalter ist von 40,2 Jahren im Jahr 1974 auf 43,2 Jahre im Jahr 2004 gestiegen

Das Durchschnittsalter lag im Jahr 1974 bei 40,2 Jahren, knapp jeder fünfte Einwohner mit deutschem Pass war unter 18 Jahre, 16,8 Prozent über 65 Jahre alt. 30 Jahre später liegt nun infolge Geburtenrückgang, verlängerter Lebenserwartung und anderer Faktoren das Durchschnittsalter der deutschen Bevölkerung bei 43,2 Jahren, nur noch 15,2 Prozent sind unter 18 Jahre und der Anteil der Senioren mit 65 und mehr Jahren liegt mit 20,4 Prozent rund 5 Prozentpunkte höher als der Anteil der Kinder und Jugendlichen in der deutschen Bevölkerung.

Die Bevölkerungspyramide ist nach der Religionszugehörigkeit differenziert

Die abgebildete Bevölkerungspyramide ist nach der Zugehörigkeit zu einer Religionsgesellschaft differenziert. Als innerste Pyramide sind die Besetzungszahlen der deutschen Einwohner, die keiner oder einer sonstigen Religionsgesellschaft angehören, wiedergegeben. Über diese Balken legt sich die altersmäßige Verteilung der Personen, die der römisch-katholischen Kirche angehören. Als äußerste Schale ist die altersmäßige Verteilung der Personen, die der evangelischen Kirche angehören, in die Darstellung des Altersaufbaus der deutschen Einwohner in Stuttgart gelegt.

Einwohner, die einer sonstigen oder keiner Religionsgesellschaft angehören, sind in allen Altersjahren deutlich stärker vertreten als vor 30 Jahren

Die Differenzierung nach der Religionszugehörigkeit zeigt deutlich, dass sich insbesondere die Zahl der Personen, die keiner oder einer sonstigen rechtlichen Religionsgesellschaft angehören, in den letzten 30 Jahren in allen Altersjahren deutlich erhöht hat. Während 1974 die graphische Darstellung des Altersaufbaus dieses Personenkreises einem schmalen Band gleicht, zeichnet er inzwischen bereits den Altersaufbau der deutschen Einwohner mit all seinen Einschnitten und Ausbuchtungen sehr deutlich nach. An der Basis ist zu erkennen, dass der Anteil der getauften Säuglinge abgenommen hat, bei Kindern und Jugendlichen findet eine Verschiebung der Taufe kontinuierlich bis zum 10. (Kommunion) bzw. 14. Lebensjahr (Konfirmation) statt. Die Bedeutung der Taufe für Kinder und Jugendliche hat insgesamt gegenüber 1974 deutlich abgenommen. Dies bedeutet, dass die Kirche nicht nur durch Kirchenaustritte, sondern auch durch „Nicht-Eintritte" Mitglieder verliert bzw. nicht gewinnt. Neben den Austritten verlieren die Kirchen durch Abwanderung und Sterbefälle Mitglieder, ohne im gleichen Umfang durch Wanderungsgewinne und Taufen neue Mitglieder zu erhalten.

7.2 Veränderung der Altersstruktur der Kirchenmitglieder

Die Zahl der hochbetagten Mitglieder hat sich in der katholischen Kirche mehr als verdoppelt

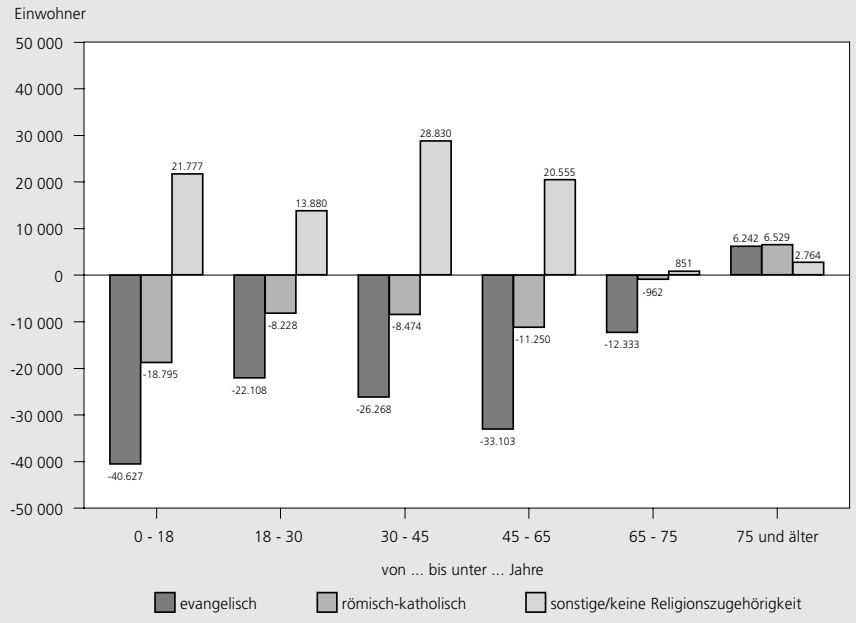
Diese Veränderungen spiegeln sich deutlich in der Altersstruktur der Kirchenmitglieder wider: Die Anzahl der Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahren in der evangelischen Kirche ist von 63 894 (dies entspricht einem Anteil von 20,5 %) im Jahr 1974 auf 23 267 (12,6 %) gesunken, in der katholischen Kirche hat sich die entsprechende Anzahl von 34 014 (21,5 %) auf 15 219 Kinder und Jugendliche (13,0 %) reduziert. Die Anzahl der „jungen Alten" (65 bis unter 75 Jahre) ist zwar ebenfalls gesunken (in der evangelischen Kirche um - 34 %, in der katholischen Kirche nur um - 6,5 %). Die Anzahl der Hochbetagten im Alter von 75 Jahren und höher ist jedoch bei den Mitgliedern der evangelischen Kirche um knapp ein Drittel und bei Mitgliedern der katholischen Kirche sogar um über 100 Prozent gestiegen. Diese Verdoppelung der hochbetagten Mitglieder in der katholischen Kirche ist im Wesentlichen darauf zurück zuführen, dass in Stuttgart als traditionell protestantische Stadt in der Vergangenheit die Zahl der „alteingesessenen" katholischen Einwohner deutlich unterrepräsentiert war und die nach dem Krieg nach Stuttgart zugezogene katholische Bevölkerung nun verstärkt in das Alter der Senioren, und dabei inzwischen bereits in das Alter der Hochbetagten hineingewachsen ist.

Tabelle 2: Deutsche Einwohner nach Altersgruppen und Religionszugehörigkeit in Stuttgart 1974 und 2004

	1974				2004			
	evangelisch	römisch-katholisch	sonstige/ keine Religion	insgesamt	evangelisch	römisch-katholisch	sonstige/ keine Religion	insgesamt
0 bis unter 18 Jahre	63 894	34 014	9 363	107 271	23 267	15 219	31 140	69 626
18 bis unter 30 Jahre	52 560	30 661	10 772	93 993	30 452	22 433	24 652	77 537
30 bis unter 45 Jahre	66 755	35 887	15 111	117 753	40 487	27 413	43 941	111 841
45 bis unter 65 Jahre	73 698	36 574	19 317	129 589	40 595	25 324	39 872	105 791
65 bis unter 75 Jahre	36 478	14 809	10 166	61 453	24 145	13 847	11 017	49 009
75 Jahre und älter	18 964	5 982	4 143	29 089	25 206	12 511	6 907	44 624
insgesamt	**312 349**	**157 927**	**68 872**	**539 148**	**184 152**	**116 747**	**157 529**	**458 428**

Landeshauptstadt Stuttgart, Statistisches Amt KomunIS

Abbildung 7: Veränderung der Einwohner nach Altersgruppen und Religionszugehörigkeit in Stuttgart 1974 und 2004

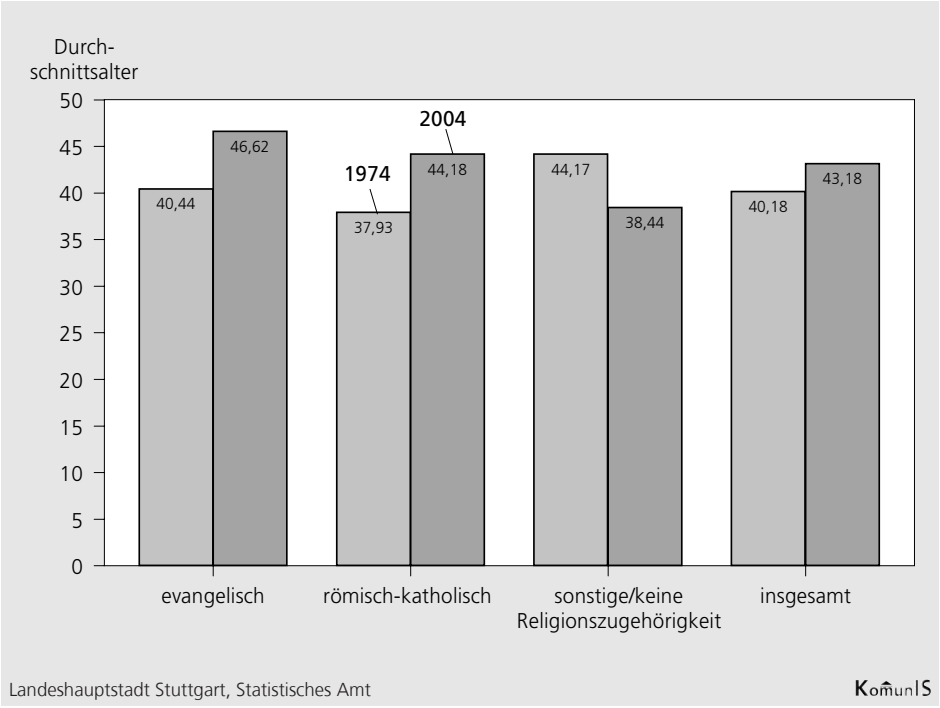


Landeshauptstadt Stuttgart, Statistisches Amt KomunIS

Die Zahl der Kinder und Jugendlichen ist in der evangelischen Kirche um 63 %, in der katholischen Kirche um 55 % gesunken

Dies bedeutet, dass die beiden Kirchen einem starken Alterungsprozess ihrer Mitglieder ausgesetzt sind, der durch einen überproportionalen Verlust bei Kindern und Jugendlichen (- 63,6 % bei evangelischen Mitgliedern unter 18 Jahren, - 55,3 % bei katholischen Mitgliedern unter 18 Jahren) bei gleichzeitigem Anstieg der Zahl der Hochbetagten hervorgerufen ist. Demgegenüber ist bei deutschen Einwohnern mit einer sonstigen bzw. keiner Religionszugehörigkeit in allen Altersgruppen eine zum Teil extrem hohe Zunahme zu verzeichnen. So hat sich die Anzahl der Kinder und Jugendlichen ohne Zugehörigkeit zu einer Religionsgesellschaft mehr als verdreifacht. Mit 31 140 Kindern und Jugendlichen ist deren Zahl inzwischen doppelt so hoch wie die Zahl der Kinder und Jugendlichen, die der katholischen Kirche angehören.

Abbildung 8: Durchschnittsalter nach der Religionszugehörigkeit in Stuttgart 1974 und 2004



Landeshauptstadt Stuttgart, Statistisches Amt KomunIS

Das Durchschnittsalter liegt bei den Mitgliedern der evangelischen Kirche bei 46,6 Jahren, bei Mitgliedern der katholischen Kirche bei 44,2 Jahren

Lag das Durchschnittsalter der evangelischen Mitglieder im Jahr 1974 noch bei 40,4 Jahren, und damit nur leicht über dem Durchschnittsalter der deutschen Bevölkerung insgesamt, so ist die Mitgliederstruktur in den vergangenen 30 Jahren doppelt so stark gealtert wie die deutschen Einwohner in Stuttgart insgesamt. Das Durchschnittsalter beträgt heute bei der evangelischen Bevölkerung 46,6 Jahre. In ähnlichem Umfang ist auch das Durchschnittsalter der katholischen Bevölkerung gestiegen: Nicht mehr 37,3 Jahre, sondern inzwischen 44,2 Jahre beträgt das Durchschnittsalter bei den Katholiken. Bei den Einwohnern, die keiner oder einer sonstigen Religionsgesellschaft angehören, hat sich demgegenüber das Durchschnittsalter von 44,2 Jahren auf 38,4 Jahre verjüngt.

8. Altersspezifische Religionszugehörigkeit

Mit Hilfe von Zugehörigkeitsquoten kann die Veränderung der altersspezifischen Verbundenheit zu den Kirchen verdeutlicht werden

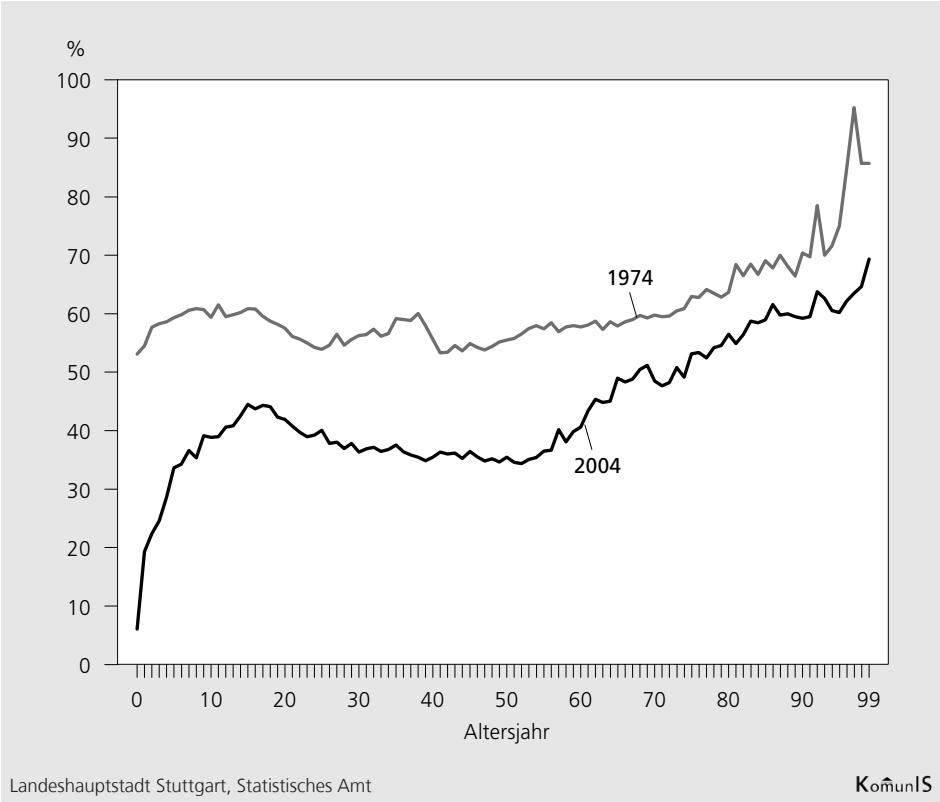
Um feststellen zu können, in welchen Altersjahren in den vergangenen 30 Jahren sich die Kirchenbindung verändert hat, werden im Folgenden altersspezifische Religionszugehörigkeitsquoten berechnet. Damit können vorhandene Gesetzmäßigkeiten in der rechtlichen Zugehörigkeit zu einer Religionsgesellschaft verdeutlicht werden. Diese geben damit nicht nur bessere Erklärungsansätze für die Entwicklung in den vergangenen 30 Jahren, sondern auch wichtige Hinweise für die künftige Entwicklung.

8.1 Evangelische Kirche

Im Jahr 1974 lassen sich in der evangelischen Kirche nur geringe altersspezifische Unterschiede in der Religionszugehörigkeit nachweisen

Die altersspezifischen Zugehörigkeitsquoten der evangelischen Kirche weisen im Jahr 1974 bei den Säuglingen bis hin zu den Senioren vergleichsweise geringfügige Schwankungen auf. Der Anteil der evangelischen deutschen Einwohner liegt in der Regel zwischen 55 und 60 Prozent. Ab dem Seniorenalter steigt dieser Zugehörigkeitsanteil deutlich an. Der Anteil der evangelischen Senioren lag 1974 zwischen 60 und 85 Prozent. Der Anstieg kann aber keinesfalls mit einer zunehmenden Beitrittsbzw. Konvertierungsbereitschaft erklärt werden. Die hohen Quoten bei Hochbetagten sind vielmehr Hinweis auf die „alt eingesessene", traditionell evangelische Stuttgarter Bevölkerung, die sich im Jahr 1974 im Seniorenalter befand.

Abbildung 9: Altersspezifische Zugehörigkeit der deutschen Einwohner zur evangelischen Religionsgesellschaft in Stuttgart 1974 und 2004



Landeshauptstadt Stuttgart, Statistisches Amt KomunIS

Inzwischen ist eine deutliche Altersabhängigkeit erkennbar: Bei den 30- bis 60-jährigen deutschen Einwohnern sind nur noch 35 bis 40 % Mitglied der evangelischen Kirche

Ganz anders 2004: Die Zugehörigkeitsquote bei den Säuglingen beginnt auf sehr geringem Niveau, steigt jedoch dann zunächst stark bis zum Konfirmationsalter. In diesem Alter sind 45 Prozent aller deutschen Jugendlichen in Stuttgart evangelisch. Kurz nach dem Erreichen der Volljährigkeit sinkt dieser Wert allerdings wieder kontinuierlich bis zu den 50- bis unter 55-Jährigen. In diesen Altersjahren ist aktuell die geringste Bindung zur evangelischen Kirche zu finden. Dieser Anteil steigt in den höheren Altersjahren weitgehend kontinuierlich bis in die höchsten Altersjahre hinein auf einen maximalen Wert von 65 Prozent an. Eine so hohe Bindung der Einwohner an die Evangelische Kirche wie 1974 kann jedoch nicht mehr nachgewiesen werden: Die überwiegend evangelisch geprägte Seniorengeneration des Jahres 1974 ist zwischenzeitlich verstorben.

Die evangelisch geprägte Seniorengeneration des Jahres 1974 ist inzwischen verstorben

Auch im Jahr 2004 darf aus der Darstellung nicht geschlossen werden, dass bei 55-Jährigen und älteren Einwohnern ein mit dem Alter steigender „Wiedereintritt" in die evangelische Kirche stattfindet. Vielmehr spiegeln sich die im Jahr 1974 - aus heutiger Sicht - vergleichsweise hohen Werte der damals 30 Jahre jüngeren deutschen Bevölkerung wider.

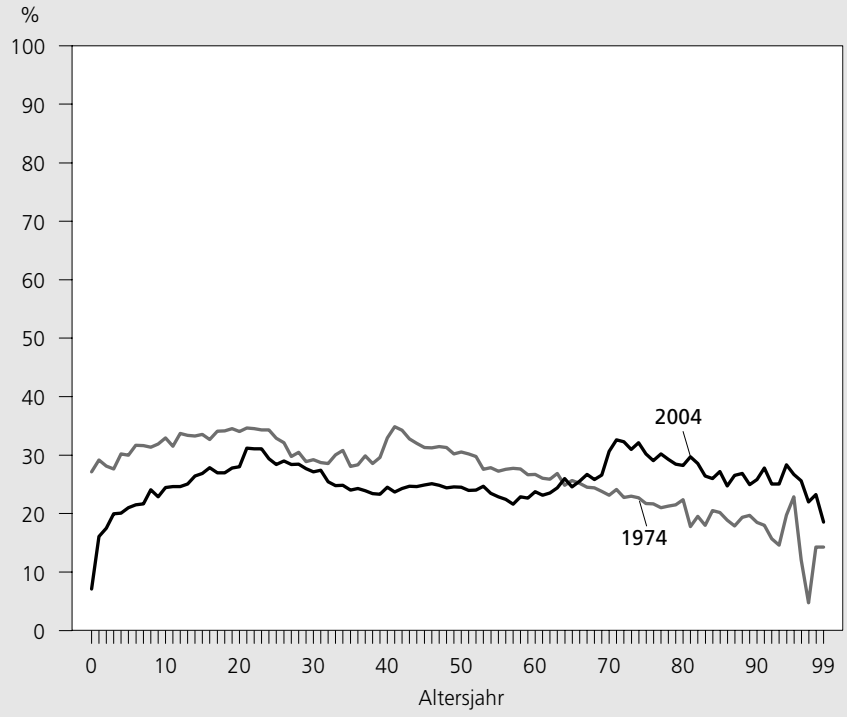
Im Jahr 2004 liegt in jedem Altersjahr der Anteil der Deutschen, die der evangelischen Kirche angehören, um 10 bis 20 Prozentpunkte niedriger als 1974.

8.2 Katholische Kirche

Die Veränderung in der Zugehörigkeit zur katholischen Kirche ist weniger stark ausgeprägt als in der evangelischen Kirche

Die altersspezifische Zugehörigkeit zur römisch-katholischen Kirche zeigt zwar, dass im Jahr 2004 auch hier die Säuglingstaufe nicht mehr in dem Ausmaß wie noch vor 30 Jahren praktiziert wird. Der altersspezifische Niveauunterschied zwischen der Zugehörigkeitsquote 1974 und 2004 ist aber deutlich geringer ausgeprägt als in der evangelischen Kirche. Auffallend ist besonders, dass bei den über 65-Jährigen heute die Zugehörigkeitsanteile höher sind als noch vor 30 Jahren.

Abbildung 10: Altersspezifische Zugehörigkeit der deutschen Einwohner zur römisch-katholischen Religionsgesellschaft in Stuttgart 1974 und 2004



Landeshauptstadt Stuttgart, Statistisches Amt KomunIS

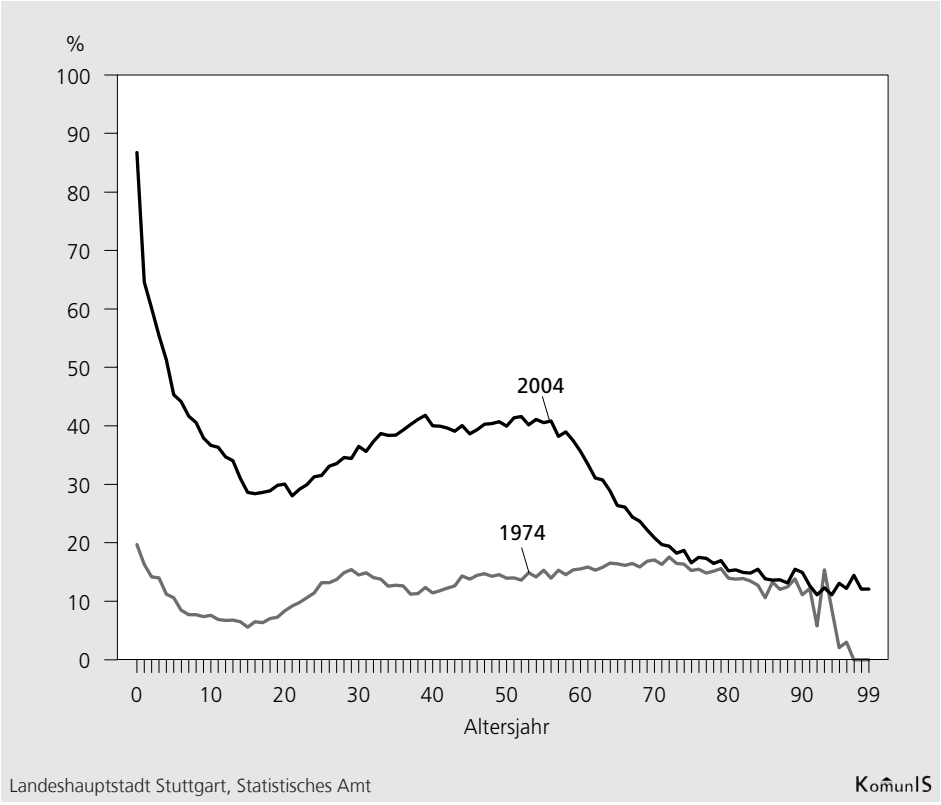
Die hohe Zunahme der Zugehörigkeitsanteile bei den heute 69- bis 72-Jährigen ist nicht auf eine verstärkte Eintrittswelle in die römisch-katholische Kirche zurückzuführen, sondern spiegelt nur die bereits im Jahre 1974 erkennbare höhere Zugehörigkeitsquote bei den damals 39- bis 42-Jährigen wider. Der „Anstieg" der Zugehörigkeit zur römisch-katholischen Kirche in dieser Altersgruppe ist also durch Alterung begründet.

8.3 Mitglieder einer sonstigen oder keiner Religionsgesellschaft

Der Anteil der Einwohner, die 1974 einer sonstigen oder keiner Religionsgesellschaft angehörten, schwankte zwischen 10 und 20 %. Inzwischen ist der Anteil dieser Bevölkerungsgruppe um 20 bis 25 Prozentpunkte gestiegen

Der überproportionale Rückgang der einer der beiden großen christlichen Kirchen zugehörenden Einwohner in Stuttgart wird indirekt in Abbildung 11 sichtbar. Schwankte der Anteil der keiner oder einer sonstigen Religionsgesellschaft zugehörenden deutschen Einwohner Stuttgarts in den einzelnen Altersjahren im Jahr 1974 noch zwischen 10 Prozent bei den 14-Jährigen und knapp 20 Prozent bei den 70-Jährigen, so hat sich das Kurvenbild insbesondere bei den unter 70-Jährigen völlig verändert. Der Anteil der Kinder und der Jugendlichen, die keiner der beiden großen Religionsgesellschaften angehören, sinkt von 90 Prozent bei Kleinstkindern auf 30 Prozent bei den Jugendlichen im Alter von 18 Jahren. Der Anteil steigt auf einen Wert von circa 40 Prozent bei den 35- bis- 60-Jährigen. Er sinkt bei den Hochbetagten auf einen Wert von 10 bis 15 Prozent.

Abbildung 11: Altersspezifische Zugehörigkeit der deutschen Einwohner, die keiner oder einer sonstigen Religionsgesellschaft angehören, in Stuttgart 1974 und 2004



Landeshauptstadt Stuttgart, Statistisches Amt KomunIS

9. Religionszugehörigkeit nach dem Geschlecht

Frauen sind stärker der Kirche verbunden als Männer

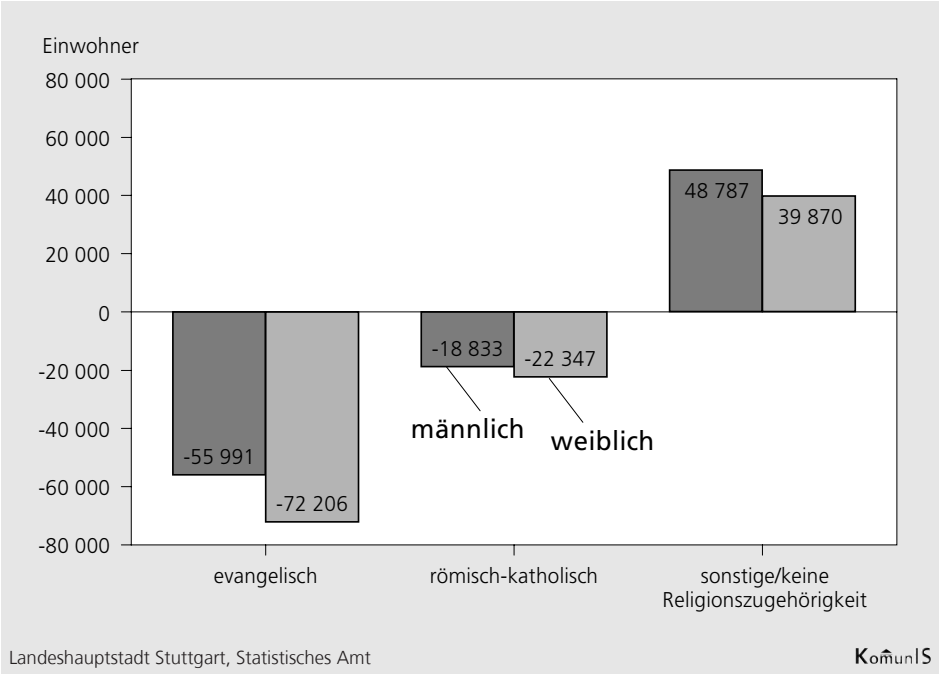
Die Zugehörigkeit der deutschen Einwohner zu einer Religionsgesellschaft zeigt deutliche geschlechtsspezifische Unterschiede. Generell kann konstatiert werden, dass ein höherer Anteil von Frauen Mitglied einer christlichen Kirche sind als Männer. So gehören aktuell 43 Prozent der Frauen der evangelischen und 27 Prozent der Frauen der katholischen Kirche an. Im Vergleich dazu liegt der Anteil der Männer, die der evangelischen Kirche angehören, nur bei 37 Prozent und damit um sechs Prozentpunkte unter dem entsprechendem Anteil der Frauen. In der katholischen Kirche ist dieser geschlechtsspezifische Unterschied mit zwei Prozentpunkten geringer ausgeprägt.

In der katholischen Kirche ist der Unterschied geringer ausgeprägt als in der evangelischen Kirche

Der höhere Rückgang bei Frauen als bei Männern ist im Wesentlichen zurückzuführen auf die Generation der Kriegerwitwen. Durch die hohe Zahl an Sterbefällen in dieser Generation wird der damit verbundene Frauenüberschuss reduziert

Betrachtet man die Veränderung der Zugehörigkeit zu einer christlichen Volkskirche nach dem Geschlecht der Mitglieder, so fällt zunächst auf, dass der evangelischen Kirche heute 72 206 Frauen und 55 991 Männer weniger angehören als noch von 30 Jahren. Die katholische Kirche hat im gleichen Zeitraum einen Rückgang von 22 347 Frauen und 18 833 Männer zu verzeichnen. Der in beiden Religionsgesellschaften feststellbare höhere Verlust bei Frauen als bei Männern ist dabei nicht primär auf eine höhere Austrittsbereitschaft zurückzuführen. Vielmehr liegt dies in der unterschiedlichen Altersstruktur von Männern und Frauen begründet. So verursachten die Kriegsverluste des Ersten und Zweiten Weltkrieges einen hohen Frauenüberschuss („Kriegerwitwen"), der sich durch die nun hohen Sterbefälle in dieser Generation deutlich reduziert bzw. reduziert hat.

Abbildung 12: Veränderung der deutschen Einwohner nach Geschlecht und Zugehörigkeit zu einer Religionsgesellschaft in Stuttgart 1974 und 2004



Landeshauptstadt Stuttgart, Statistisches Amt KomunIS

10. Zusammenfassung und Ausblick

Mit unterschiedlichen Maßnahmen versuchen die Kirchen, die durch rückläufigen Mitgliederzahlen, Steuerreform und andere Gründe verursachten Einnahmeausfälle zu kompensieren

Seit vielen Jahren geht die Zahl der Mitglieder in den beiden großen christlichen Volkskirchen zurück. Mit dem Rückgang der Mitgliedszahlen reduziert sich nicht nur die Zahl der sonntäglichen Gottesdienstbesucher oder das Potential an ehrenamtlich tätigen Personen für sozial-caritative Aufgaben. Mit dem Mitgliederschwund einher gehen aber auch die aus der Kirchensteuer erzielbaren Einnahmen wie auch das Spendenaufkommen zurück. Die Finanzierung dieser Dienste und Einrichtungen ist damit mehr und mehr gefährdet, obgleich in den aktuell schwierigen wirtschaftlichen Zeiten die von den Kirchen getragenen sozial-caritativen Dienste und Einrichtungen verstärkt nachgefragt werden. Aufgrund leerer öffentlicher Kassen kann eine höhere Bezuschussung dieser kirchlichen Einrichtungen durch Bund, Land und insbesondere Kommune kaum erwartet werden. Mit der Zusammenlegung von Kirchengemeinden, Schließung bzw. Umnutzung von Kirchen oder der Einschränkung der kirchlichen Dienstleistungen versuchen die Kirchen, diesem Erosionsprozess Rechnung zu tragen.

Nachhaltige Strategien setzen umfassende Kenntnisse über Mitglieder voraus. Mit der Erschließung des Melderegisters und der statistischen Aufbereitung dieser Datenquelle durch das Statistische Amt können wichtige Informationen für kirchliche Planungszwecke bereitgestellt werden

Nachhaltig wirksame Strategien zur Reduzierung der Ausgaben bzw. Effektivierung der kirchlichen Aufgaben setzen umfassende Kenntnisse über Struktur und Entwicklung der Mitglieder, über Ursachen und Wirkungen des Mitgliederrückganges wie auch über Bedarf und Finanzvolumen voraus. Da die Kirchenverwaltungen die Erhebung, Sammlung und Zusammenstellung von Basisdaten kirchlichen Lebens bislang nur als randliche Aufgabe angesehen haben, sind die für analytische und prognostische Zwecke erforderlichen Basisdaten in der Administration der beiden großen Volkskirchen nicht aufbereitet bzw. nicht verfügbar. Mit der Aufbereitung der Einwohnerstatistik nach dem im Melderegister gespeicherten Merkmal „rechtliche Zugehörigkeit zu einer Religionsgesellschaft“ durch das Statistische Amt kann ein Teil des daraus resultierenden Informationsdefizits zumindest auf kommunaler Ebene reduziert werden. Besonderer Vorteil dieser Datenquelle und der darauf aufbauenden Analyse liegt darin, dass Entwicklung und Struktur der Mitglieder im direkten Vergleich zwischen den beiden christlichen Volkskirchen und im Vergleich zu den Einwohnern, die keiner oder einer sonstigen Religionsgesellschaft angehören, durchgeführt werden kann. Da diese Datenquelle in Stuttgart inzwischen einen Beobachtungszeitraum von 30 Jahren umspannt, konnte im Rahmen der vorliegenden Analyse schwerpunktmäßig der Mitgliederrückgang und der demographische Wandel quantifiziert und analysiert werden.

Die Ergebnisse zeigen, dass die rechtliche Zugehörigkeit zu einer der beiden christlichen Volkskirchen für die Stuttgarter Einwohner an Bedeutung verliert, die Mitglieder immer älter werden, die Ursachen des Mitgliederrückgangs nicht allein im Austritt aus der Kirche zu suchen sind und aus der bisherigen Entwicklung heraus noch kein Ende des Schrumpfungsprozesses erkennbar ist. Um die Dimensionen der künftigen Entwicklung abschätzen zu können, ist vorgesehen, in einem weiteren Beitrag, die Entwicklung der Kirchenmitglieder in Zahl und Struktur für den Zeitraum bis 2015 zu prognostizieren.

Werner Münzenmaier[1]

Arbeitnehmereinkommen 2002 im Städtevergleich - Gründe für die Spitzenstellung Stuttgarts

Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer im Großstädtevergleich

In Stuttgart wird das höchste Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer aller deutschen Großstädte - Städte mit rund 500 000 Einwohnern oder mehr - erzielt. Dies war das herausragende Ergebnis einer Untersuchung anhand von Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für das Jahr 2001, die in Heft 10/2004 dieser Schriftenreihe wiedergegeben wurde[2]. Zwischenzeitlich liegen entsprechende Zahlen des Arbeitskreises Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder auch für das Jahr 2002 vor, wenngleich nur in elektronischer Form, und zwar für die Summe aller Wirtschaftsbereiche und für das Produzierende Gewerbe[3]. Dadurch ist eine differenziertere Analyse der Bedeutung dieses Wirtschaftsbereichs für das gesamtwirtschaftliche Arbeitnehmerentgelt möglich.

Auch 2002 erreichte Stuttgart das höchste Arbeitnehmereinkommen ...

Wie schon 2001 erreicht Stuttgart auch 2002 ersten Platz beim Arbeitnehmerentgelt unter den Großstädten

Die aktuellen Ergebnisse bestätigen weitgehend die für 2001 getroffenen Aussagen: Auch im Jahre 2002 ist den Arbeitnehmern in Stuttgart unter allen Großstädten das höchste Arbeitnehmerentgelt zugeflossen; es betrug 41 500 € je Arbeitnehmer, die Marke von 40 000 wurde außerdem nur noch von Frankfurt am Main und München mit 40 800 bzw. 40 140 € je Arbeitnehmer überschritten (vgl. Abbildung 1 und Tabelle 1). Der bundesdeutsche Durchschnitt mit 32 710 € je Arbeitnehmer wurde damit in Stuttgart um 26,9 Prozent übertroffen, in Frankfurt um 24,8 Prozent und in München um 22,7 Prozent. Auch in den anderen westdeutschen Großstädten lag das Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer über dem Bundesdurchschnitt, in den ostdeutschen Großstädten jedoch darunter, und zwar in Berlin nur knapp, nämlich um 0,4 Prozent, in Dresden und in Leipzig schon deutlicher, nämlich um 12,5 Prozent bzw. 15,9 Prozent. Im Vergleich zum durchschnittlichen Arbeitnehmerentgelt aller Großstädte (36 070 € je Arbeitnehmer) wurde in Stuttgart ein um immerhin 15,1 Prozent höheres Einkommen erzielt.

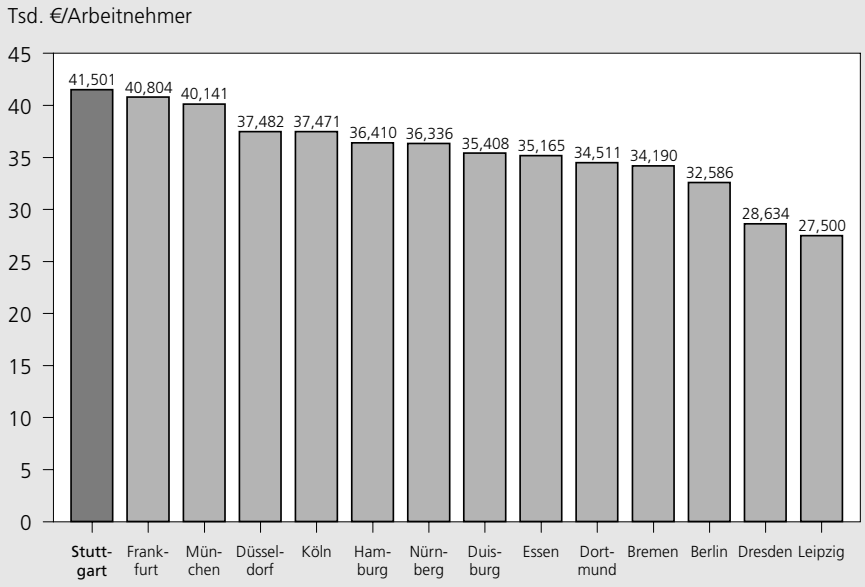
... und den größten Zuwachs seit 1996

Stuttgart mit höchstem absoluten Zuwachs aller Großstädte von 1996 bis 2002

Darüber hinaus konnte Stuttgart im mittelfristigen Vergleich (2002 gegenüber 1996) unter allen Großstädten die höchsten Zuwächse verzeichnen und damit seine schon früher erreichte Spitzenstellung beim Arbeitnehmereinkommen weiter ausbauen. Im Einzelnen ist das Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer zwischen 1996 und 2002 in Stuttgart um 4840 € je Arbeitnehmer angestiegen, dies ist der größte absolute Zuwachs aller Großstädte. Lediglich in München haben die Pro-Kopf-Arbeitnehmereinkommen mit 4110 € je Arbeitnehmer ebenfalls um mehr als 4000 € je Arbeitnehmer zugenommen, um über 3000 € je Arbeitnehmer außerdem in Dresden und in Nürnberg. Die besondere Dynamik ost- und süddeutscher Städte wird zusätzlich dadurch unterstrichen, dass nur noch in Frankfurt am Main und in Leipzig das Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer stärker angewachsen ist als im Bundesdurchschnitt

(+ 2610 € je Arbeitnehmer). Im Vergleich mit Frankfurt am Main ist außerdem interessant, dass die baden-württembergische Landeshauptstadt erstmals im Jahre 1999 die bis dahin führende Main-Metropole beim Pro-Kopf-Arbeitnehmerentgelt übertroffen hat.

Abbildung 1: Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer in den 14 größten Städten Deutschlands 2002



Quelle: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder; eigene Berechnungen

Landeshauptstadt Stuttgart, Statistisches Amt KomunIS

Tabelle 1: Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer in den 14 größten Städten Deutschlands 2002

Gebietseinheit[1]	Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer			
	€ je AN	Deutschland = 100	Veränderung zu 1996	
			€ je AN	%
Berlin	32 586	99,6	+ 2 250	+ 7,4
Hamburg	36 410	111,3	+ 2 585	+ 7,6
München	40 141	122,7	+ 4 111	+ 11,1
Köln	37 471	114,6	+ 1 976	+ 5,6
Frankfurt am Main	40 804	124,8	+ 2 945	+ 7,8
Dortmund	34 511	105,5	+ 1 532	+ 4,7
Stuttgart	**41 501**	**126,9**	**+ 4 837**	**+ 13,2**
Essen	35 165	107,5	+ 1 416	+ 4,2
Düsseldorf	37 482	114,6	+ 2 431	+ 6,9
Bremen	34 190	104,5	+ 1 501	+ 4,6
Duisburg	35 408	108,3	+ 2 267	+ 6,8
Leipzig	27 500	84,1	+ 2 689	+ 10,8
Nürnberg	36 336	111,1	+ 3 303	+ 10,0
Dresden	28 634	87,5	+ 3 526	+ 14,0
Alle Großstädte	36 073	110,3	+ 2 857	+ 8,6
Deutschland	32 706	100,0	+ 2 609	+ 8,7

[1] Reihenfolge der Städte entsprechend ihrer Einwohnerzahl 2002

Quelle: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder, eigene Berechnungen

Landeshauptstadt Stuttgart, Statistisches Amt KomunIS

Stuttgart mit +13,2 % beim relativen Zuwachs der Arbeitnehmerentgelte von 1996 bis 2002 nach Dresden an zweiter Stelle

In Anbetracht des schon 1996 hohen Niveaus fast noch bemerkenswerter ist, dass Stuttgart auch beim relativen Zuwachs zwischen 1996 und 2002 an der Spitze der Großstädte lag, nämlich mit + 13,2 Prozent nur knapp hinter Dresden mit + 14,0 Prozent. Daneben konnten nur noch München (+ 11,1 %), Leipzig (+ 10,8 %) und Nürnberg (+ 10,0 %) zweistellige Zuwachsraten verzeichnen, in allen anderen, überwiegend nord- und westdeutschen Großstädten (einschließlich Berlin und Frankfurt am Main) lagen die Steigerungsraten unter dem durchschnittlichen Zuwachs in Deutschland (+ 8,7 %) bzw. der Summe aller Großstädte (+ 8,6 %).

Sektoraler Einfluss durch Ausrichtung auf das Produzierende Gewerbe ...

Die Spitzenstellung Stuttgarts beim Niveau und bei der Entwicklung ist unter anderem auf die starke Verankerung der baden-württembergischen Landeshauptstadt im Verarbeitenden Gewerbe bzw. im Produzierenden Gewerbe zurückzuführen. Dieser sektorale Einfluss wird durch die Daten in Tabelle 2 belegt.

Pro-Kopf-Arbeitnehmerentgelte im Produzierenden Gewerbe am höchsten

Danach übertraf im Jahre 2002 das Pro-Kopf-Arbeitnehmerentgelt im Produzierenden Gewerbe mit 39 400 € je Arbeitnehmer den Durchschnitt aller Wirtschaftsbereiche (32 700 € je Arbeitnehmer) um 20,6 Prozent. Wenn man hierbei das Baugewerbe ausklammert, in dem mit 28 700 € je Arbeitnehmer ein deutlich unterdurchschnittliches Arbeitnehmerentgelt gezahlt wird, dann erreichen die sonstigen Bereiche des Produzierenden Gewerbes mit 42 100 € je Arbeitnehmer sogar ein um 28,8 Prozent über dem Durchschnitt liegendes Pro-Kopf-Entgelt. Beim Verarbeitenden Gewerbe sind es mit 41 600 € je Arbeitnehmer 27,3 Prozent mehr als im Durchschnitt aller Bereiche. Die im Vergleich zu den Dienstleistungen - und damit den gerade in Großstädten überproportional stark vertretenen Wirtschaftsbereichen - deutlich höheren Entgelte im Produzierenden Gewerbe sind zum Teil darauf zurückzuführen, dass die dort beschäftigten Arbeitnehmer mehr Arbeitsstunden im Jahr leisten (vgl. Tabelle 2), was auch mit der dort relativ geringen Bedeutung von Teilzeitarbeit zusammenhängt. Vor allem aber ist die Bezahlung der Beschäftigten im Verarbeitenden Gewerbe offenbar höher als bei den meisten Dienstleistungen.

Tabelle 2: Arbeitnehmerentgelt und geleistete Arbeitsstunden je Arbeitnehmer nach Wirtschaftsbereichen in Deutschland 2002

Wirtschaftsbereich	Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer			Geleistete Arbeitsstunden je Arbeitnehmer	
	Tsd. € je AN	Veränderung zu 1996	Insgesamt = 100	Stunden je AN	Insgesamt = 100
		%			%
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	20,6	+ 6,2	63,0	1 510	111,0
Produzierendes Gewerbe	39,4	+ 14,5	120,6	1 440	105,8
Darunter: Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	42,1	+ 14,6	128,8	1 420	104,6
darunter: Verarbeitendes Gewerbe	41,6	+ 14,9	127,3	.	.
Darunter: Baugewerbe	28,7	+ 5,5	87,6	1 500	110,1
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	26,4	+ 4,3	80,6	1 310	96,0
Darunter: Handel, Reparatur von Kfz u. Gebrauchsgütern	26,9	+ 8,0	82,4	.	.
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	32,2	+ 1,9	98,4	.	.
Finanzierung, Vermietung u. Unternehmensdienstleister	34,7	+ 7,1	106,1	1 350	99,1
Öffentliche und private Dienstleister	31,0	+ 8,0	94,8	1 330	97,8
Insgesamt	32,7	+ 8,6	100,0	1 360	100,0

Quelle: Statistisches Bundesamt (Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen), eigene Berechnungen

... aber auch relativ hohe Entgelte in den einzelnen Wirtschaftszweigen

Nur in München wird im Produzierenden Gewerbe mehr bezahlt als in Stuttgart

Neben der strukturellen Komponente, also der starken Verankerung im Verarbeitenden bzw. im Produzierenden Gewerbe, wirkt sich auf das gesamte Arbeitnehmereinkommen Stuttgarts auch positiv aus, dass in der baden-württembergischen Landeshauptstadt in den einzelnen Wirtschaftsbereichen wohl höhere Löhne und Gehälter gezahlt werden als in vielen anderen Großstädten bzw. in Deutschland insgesamt; dies gilt nicht zuletzt für das Verarbeitende und das Produzierende Gewerbe selbst. Wie aus Tabelle 3 hervorgeht, wurden im Jahr 2002 im Produzierenden Gewerbe Stuttgarts 60 060 € je Arbeitnehmer verdient, das ist über die Hälfte (52,3 %) mehr als im nationalen Durchschnitt (39 440 € je Arbeitnehmer). Lediglich die im Produzierenden Gewerbe Münchens beschäftigten Arbeitnehmer haben mit 61 930 € je Arbeitnehmer ein noch höheres Arbeitsentgelt erhalten. Bereits deutlich hinter dem Betrag für Stuttgart lagen die individuellen Arbeitnehmerentgelte beim Produzierenden Gewerbe in Frankfurt am Main (55 840 € je Arbeitnehmer), in Essen (50 050 € je Arbeitnehmer), in Köln (49 730 € je Arbeitnehmer) und in Hamburg (49 230 € je Arbeitnehmer). In allen anderen Großstädten wurde im Produzierenden Gewerbe weniger verdient als im Durchschnitt aller Großstädte (48 980 € je Arbeitnehmer), in den beiden sächsischen Metropolen sogar weniger als im Durchschnitt des Produzierenden Gewerbes in Deutschland insgesamt.

Tabelle 3: Arbeitnehmerentgelt und Arbeitnehmer im Produzierenden Gewerbe in den 14 größten Städten Deutschlands 2002

Gebietseinheit[1]	Arbeitnehmer im Produzierenden Gewerbe		Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer im Produzierenden Gewerbe	
	1000	Anteil an allen Wirtschaftsbereichen		
		%	€ je AN	D = 100
Berlin	226,4	16,7	41 419	105,0
Hamburg	163,2	17,4	49 226	124,8
München	173,8	20,6	61 933	157,0
Köln	99,0	17,1	49 731	126,1
Frankfurt am Main	74,8	13,4	55 838	141,6
Dortmund	45,0	17,7	44 147	111,9
Stuttgart	**113,6**	**26,6**	**60 059**	**152,3**
Essen	54,7	19,8	50 048	126,9
Düsseldorf	70,0	16,7	47 798	121,2
Bremen	74,6	24,3	43 131	109,4
Duisburg	58,1	29,6	45 153	114,5
Leipzig	42,3	17,2	31 569	80,0
Nürnberg	75,9	23,8	47 370	120,1
Dresden	52,4	19,8	36 317	92,1
Alle Großstädte	1 323,8	19,7	48 982	124,2
Deutschland	10 027,0	29,0	39 440	100,0

[1] Reihenfolge der Städte entsprechend ihrer Einwohnerzahl 2002

Quelle: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder, eigene Berechnungen

Landeshauptstadt Stuttgart, Statistisches Amt KomunIS

Es ist allerdings darauf hinzuweisen, dass diese hoch aggregierten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für das Produzierende Gewerbe in Großstädten ebenfalls strukturellen Einflussfaktoren unterliegen. So werden innerhalb des Produzierenden Gewerbes in der Energie- und Wasserversorgung bzw. innerhalb des Verarbeitenden Gewerbes vor allem in den Wirtschaftszweigen Fahrzeugbau, Luft- und Raumfahrzeugbau und Chemie überdurchschnittlich hohe Bruttoverdienste bezahlt.[4]

Modellrechnung zur Analyse der Einflussfaktoren

Nachfolgend soll dem strukturellen Einfluss weiter nachgegangen werden, was aus Datengründen jedoch nur anhand von - hoch aggregierten - Zahlen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen möglich ist.

Stuttgart hat nach Duisburg höchsten Anteil an Beschäftigten im Produzierenden Gewerbe

In Tabelle 3 sind Kennziffern aufgelistet, aus denen die Bedeutung des Produzierenden Gewerbes für die Großstädte hervorgeht. Beispielsweise nimmt Stuttgart, obwohl bezüglich der Zahl der Einwohner nur an 7. Stelle unter den Großstädten, bei der Zahl der Arbeitnehmer im Produzierenden Gewerbe den 4. Rang ein, und zwar hinter Berlin, München und Hamburg, aber immer noch vor den bevölkerungsmäßig ebenfalls größeren Städten Köln, Frankfurt am Main und Dortmund. Hierzu hat zum einen die allgemein hohe Zahl der Berufseinpendler nach Stuttgart beigetragen, zum anderen aber auch die besondere Ausrichtung der Wirtschaft auf das Produzierende Gewerbe. So lag im Jahre 2002 der Anteil der in diesem Wirtschaftsbereich Beschäftigen an der Gesamtzahl der Arbeitnehmer in Stuttgart mit 26,6 Prozent deutlich über dem Durchschnitt aller Großstädte (19,7 %), lediglich in Duisburg (29,6 %) war diese Quote noch höher. Über dem Großstädtedurchschnitt liegende Anteilswerte wurden außerdem noch in Bremen, Nürnberg, München, Essen und Dresden gemessen.

Betrachtet man dagegen nur das Verarbeitende Gewerbe, so ergibt sich für Stuttgart sogar wieder die höchste Quote aller Großstädte: Der Anteil der im Verarbeitenden Gewerbe beschäftigten Arbeitnehmer an der Gesamtzahl aller Arbeitnehmer betrug 2002 in Stuttgart 21,8 Prozent, das sind nur unwesentlich weniger als im gesamtdeutschen Durchschnitt (22,1 %). Lediglich in Duisburg (21,3 %), in Nürnberg (19,9 %) und in Bremen (19,5 %) erreichte diese sektorale Beschäftigungsquote noch wenigstens knapp ein Fünftel oder mehr.

Standorteffekte bedeutsamer für das hohe Entgelt Stuttgarts als Struktureffekte

Stuttgarts hohe Arbeitnehmereinkommen nur zu geringem Teil Folge des hohen Anteils des Verarbeitenden Gewerbes mit dessen Spitzenverdiensten, ...

Mithilfe der sektoralen Anteilswerte lässt sich abschätzen, inwieweit der relativ hohe Pro-Kopf-Wert für das Arbeitnehmerentgelt Stuttgarts auf **strukturellen Effekten** basiert, also vor allem der markanten Ausrichtung auf das Verarbeitende Gewerbe, oder aber auf - interregional verglichen - höhere Arbeitnehmereinkommen Stuttgarts in den einzelnen Branchen und damit gewissermaßen auf **Standorteffekte** zurückzuführen ist. Hierzu wurden zunächst die bundesdeutschen Werte für das Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer in sechs Wirtschaftsbereichen mit der jeweiligen Zahl der Arbeitnehmer Stuttgarts multipliziert und anschließend das so errechnete, fiktive sektorale Arbeitnehmerentgelt über alle Bereiche aufsummiert und durch die Gesamtzahl der Arbeitnehmer Stuttgarts dividiert.

Nach dieser Berechnung würde sich für Stuttgart ein **strukturbedingtes** Arbeitnehmerentgelt von 33 400 € je Arbeitnehmer ergeben; dies bedeutet, dass die beträchtlichen Unterschiede im Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer zwischen Stuttgart (41 500 € je Arbeitnehmer) und dem Bundesdurchschnitt (32 700 € je Arbeitnehmer) nur zum geringeren Teil auf strukturelle Besonderheiten und damit in stärkerem Maße auf höhere Einkommen Stuttgarts in den einzelnen, hier sechs Wirtschaftsbereichen, zurückzuführen ist. Allerdings dürfte - wie angedeutet - ein nicht unerheblicher Teil der zuletzt genannten standortbezogenen Effekte insoweit auch struktureller Natur sein, als gerade innerhalb des Verarbeitenden Gewerbes in Stuttgart solche Wirtschaftszweige besonders stark vertreten sind, in denen überproportional hohe Löhne und Gehälter gezahlt werden, vor allem im Fahrzeugbau.

Das relativ hohe Gehaltsniveau Stuttgarts in den einzelnen Wirtschaftsbereichen als Erklärung für das hohe Arbeitnehmereinkommen insgesamt wird noch deutlicher, wenn man in einer solchen Vergleichsrechnung analog das individuelle Arbeitneh-

... sondern vor allem durch örtlich hohes Lohn- und Gehaltsniveau bedingt

merentgelt der Landeshauptstadt mit demjenigen in Baden-Württemberg insgesamt vergleicht. Danach lag im Jahre 2002 der mit den sektoralen Arbeitnehmeranteilen Stuttgarts und den sektoralen Pro-Kopf-Arbeitnehmerentgelten Baden-Württembergs - auf der Basis von sechs Wirtschaftsbereichen - fiktiv errechnete Wert mit 34 700 € je Arbeitnehmer sogar unter dem tatsächlichen Betrag für Baden-Württemberg in Höhe von 35 300 € je Arbeitnehmer. Dies bedeutet: Die strukturelle Zusammensetzung auf der Basis von sechs Wirtschaftsbereichen war, mit Blick auf das gesamtwirtschaftliche Arbeitnehmerentgelt, in Stuttgart sogar etwas ungünstiger als in Baden-Württemberg; die in Stuttgart mit 41 500 € je Arbeitnehmer im Vergleich zum Landesdurchschnitt um 17,5 Prozent höheren Arbeitnehmerentgelte sind demnach ausschließlich auf höhere Löhne und Gehälter in den einzelnen Wirtschaftsbereichen Stuttgarts zurückzuführen.

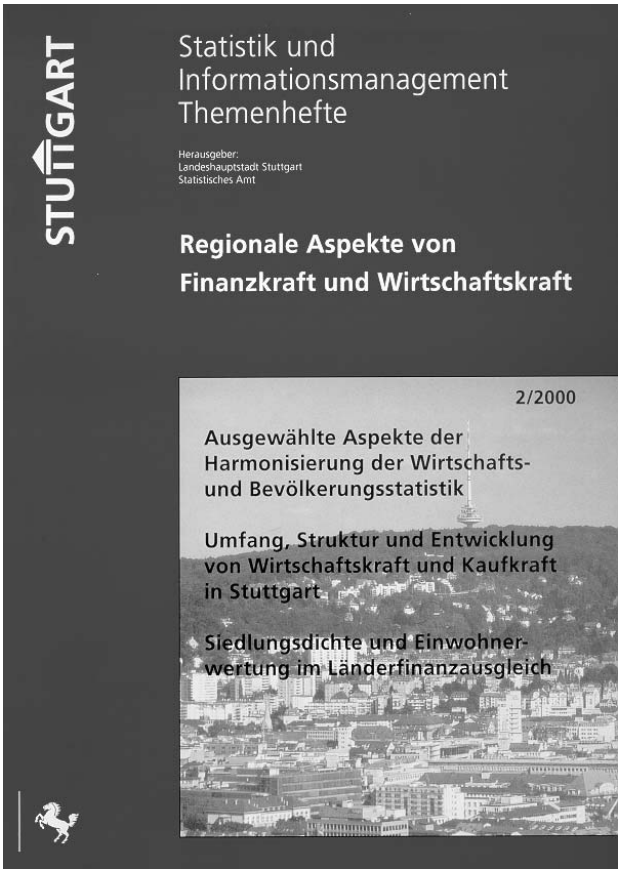
1 Dr. Werner Münzenmaier war Referent im Statistischen Landesamt Baden-Württemberg und dort unter anderem für Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen zuständig.

2 Vgl. W. Münzenmaier: In Stuttgart werden die höchsten Arbeitnehmereinkommen aller Großstädte erzielt - Gesamtwirtschaftliches Arbeitnehmerentgelt 2001 im Städtevergleich, in: Statistik und Informationsmanagement, 63. Jahrgang (2004), Monatsheft 10, S. 273 bis 279.

3 Vgl. Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder - Reihe 2 Kreisergebnisse, Band 2: Arbeitnehmerentgelt in den kreisfreien Städten und Landkreisen Deutschlands 1996 bis 2002, herausgegeben vom Statistischen Landesamt Baden-Württemberg im Auftrag des aus den Statistischen Landesämtern der 16 Bundesländer, dem Statistischen Bundesamt und dem Bürgeramt, Statistik und Wahlen, Frankfurt a. M. bestehenden Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder", Stuttgart 2004; Erwerbstätigenrechnung - Reihe 2 Kreisergebnisse: Erwerbstätige in den kreisfreien Städten und Landkreisen der Bundesrepublik Deutschland 1991 bis 2002, herausgegeben vom Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder" im Auftrag der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, Wiesbaden 2004.

4 Vgl. Statistisches Bundesamt: Statistisches Jahrbuch 2003 für die Bundesrepublik Deutschland, Wiesbaden 2003, S. 586 bis 589.

Regionale Aspekte von Finanzkraft und Wirtschaftskraft



2000, 112 Seiten, Grafiken und Tabellen

10,23 € (zuzüglich Versandkosten)

ISSN 1431-0996

Eberhard Frank:	Ausgewählte Aspekte der Harmonisierung der Wirtschafts- und Bevölkerungsstatistik
Dr. Werner Münzenmaier:	Umfang, Struktur und Entwicklung von Wirtschaftskraft und Kaufkraft in Stuttgart - Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für die Landeshauptstadt und die Stadtkreise Baden-Württembergs
Dr. Werner Münzenmaier:	Siedlungsdichte und Einwohnerwertung im Länderfinanzausgleich - Fragen und Anmerkungen zum Gutachten von Prof. Dr. Helmut Seitz „Der Einfluss der Bevölkerungsdichte auf die Kosten der öffentlichen Leistungserstellung“

Landeshauptstadt Stuttgart
Statistisches Amt

Eberhardstraße 39
70173 Stuttgart

Telefon (0711) 2 16 - 34 40
Telefax (0711) 2 16 - 39 00

E-Mail: poststelle.12@stuttgart.de
komunis@stuttgart.de

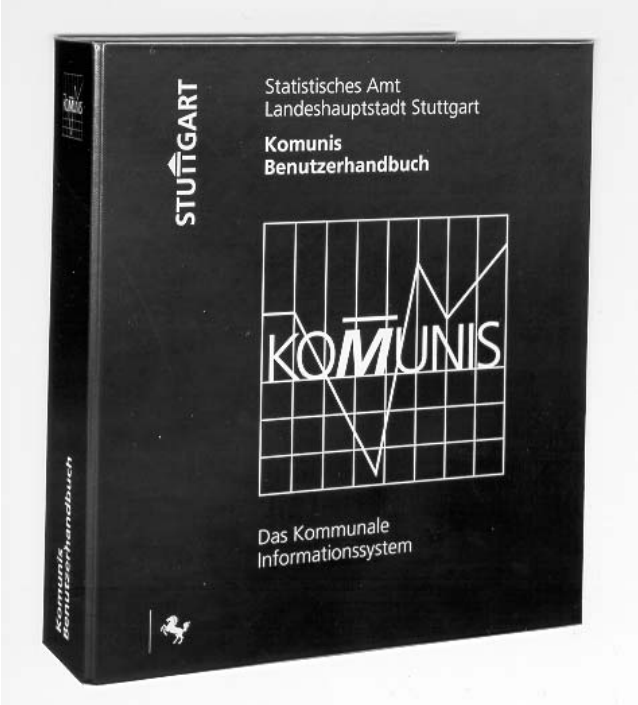
Internet: www.stuttgart.de

Neu-Auflage!

KomunIS

Das Kommunale Informationssystem Stuttgart

Benutzerhandbuch 2003



Das neue Benutzerhandbuch enthält

- Bedienungsanleitungen für den Zugang zu KOMUNIS über Lotus Notes, SOLID oder den Direktzugriff
- Inhaltsübersichten zu Themen, Dokumentenarten, Raumbezug und einstellenden Ämtern

Das Handbuch zur Profi-Online-Suche nach ständig aktualisierten Kommunaldaten!

❑ Geografische/meteorologische Daten ❑ Einwohner/Bevölkerung ❑ Bauen/Wohnen ❑ Wirtschaft/ Beschäftigung/Erwerbstätigkeit ❑ Bildung/Gesundheit/Rechtspflege/Soziales ❑ Umwelt ❑ Kultur/ Freizeit/Sport ❑ Steuern/Finanzen ❑ Verkehr ❑ Gemeinderat ❑ Wahlen ❑ Stadtverwaltung

Preis: 15 € (zuzüglich Versandkosten)
für KOMUNIS-Direkt-Anwender kostenlos

Ihre Bestellung oder eventuelle Fragen richten Sie bitte an: **komunis@stuttgart.de**

Stuttgart in Zahlen

Das Statistische Jahrbuch 2002/2003

Jahrbuch 2002/2003 im handlichen A5-Format und in Farbe

Über

48 000 aktuelle Zahlen

zum
wirtschaftlichen, sozialen und
kulturellen Leben in Stuttgart

mit Großstadt- und Regionalvergleich

56. Jahrgang 2002/2003

320 Seiten, 80 Grafiken,
295 Tabellen, Stichwortverzeichnis
2 Übersichtskarten
1 Satellitenbild

13 € (zuzüglich Versandkosten)
10 € für Abonnenten

CD-ROM

- gesamtes Jahrbuch im PDF-Format
- alle Tabellen als EXCEL-Dateien weiterverarbeitbar
- zusätzliche Strukturtabellen für das Jahr 2001
- interaktive Karten zu verschiedenen Themengebieten

15 € (zuzüglich Versandkosten)

25 € Jahrbuch und CD im Set

Jahrbuch:
ISSN 1431-0988

CD-ROM:
ISSN 1434-4289

Landeshauptstadt Stuttgart
Statistisches Amt

Eberhardstraße 39
70173 Stuttgart

Telefon (0711) 2 16 - 34 40
Telefax (0711) 2 16 - 39 00

E-Mail: poststelle.12@stuttgart.de
komunis@stuttgart.de

Internet: www.stuttgart.de

Veröffentlichungen zu den Themen:

Joachim Eicken, Utz Lindemann:
Die Entwicklung der Zugehörigkeit zu einer öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaft in Stuttgart,
Landeshauptstadt Stuttgart, Statistik und Informationsmanagement,
Monatsheft 7/2001999, S. 160-170

Utz Lindemann:
Die Stuttgarter Einwohner nach der Religion,
Landeshauptstadt Stuttgart, Statistik und Informationsmanagement,
Monatsheft 4/2001, S. 95

Werner Münzenmaier:
In Stuttgart werden die höchsten Arbeitnehmereinkommen aller Großstädte erzielt,
Landeshauptstadt Stuttgart, Statistik und Informationsmanagement,
Monatsheft 10/2004, S. 274-279

Robert Gunderlach:
Bruttoausgaben für Sozialhilfe 2001 in Stuttgart bei 131 Millionen Euro,
Landeshauptstadt Stuttgart, Statistik und Informationsmanagement,
Monatsheft 10/2002, S. 191

Regina Keppler:
Nachfrageorientierung und Qualitätssicherung im kommunalen statistischen Informationssystem KOMUNIS,
Landeshauptstadt Stuttgart, Statistik und Informationsmanagement,
Monatsheft 11/2004, S. 285-292